

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist nach Flensburg verlegt worden

Neue Adresse: Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Heinz Olland

Sprechzeit: Montag-Freitag 9-12 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg, Nr. 200 10 20

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206 (wie bisher)

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Egon Höhmann</i>	
Volk und Staat als Elemente der Deutschlandpolitik und der europäischen Politik.....	146
<i>Artur Thomsen</i>	
Modern im Sinne einer europäischen Einigung und Verständigung.....	151
<i>Gerhard Beier</i>	
Sozialdemokratie und Schleswig-Holstein-Frage 1864-66	155
<i>Hans Peter Johannsen</i>	
„Auf allen Gräbern taute still: Genesen“	178
<i>Ein Interview</i>	
Der „Krusehof“ in Flensburg.....	187
Umschau ab Seite 190	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Verkauf nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Südergraben 53, 2390 Flensburg

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

VIELES VERBINDET UNS DIESSEITS UND JENSEITS DER GRENZE

Uns verbindet die Freude daran, der großen deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft anzugehören. Förderung der deutschen Kultur in Nordschleswig heißt Verbindung halten mit dem, was in Jahrhunderten gewachsen und heute noch lebendig ist. Mit der Pflege der deutschen Sprache wird gleichzeitig das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Kulturraum erhalten und erweitert. — Es liegt darin auch ein Stück Selbstverwirklichung, das jeder Mensch braucht, ein Stückchen ideeller und kultureller Heimatzugehörigkeit. Diese trennt uns nicht von unseren Nachbarn, sondern verbindet uns eher. Ich halte deshalb die Pflege deutschen Kulturgutes für besonders wichtig. Sie ist gleichzeitig, weil die Menschen hier bewußt in zwei Kulturkreisen leben, als Brückenschlag zwischen dem deutschen und dem skandinavischen Raum geeignet. Sie führt die Nachbarvölker im fruchtbaren Austausch einander näher. Uns verbindet die Geschichte, sowohl als gemeinsam durchlebte Vergangenheit als auch als das Bewußtsein ihrer tragenden Bedeutung für heute. In diesem Raum haben im Zeitalter des Nationalismus die Nationen um die Grenze gekämpft, und es wurde eine Lösung gefunden, die beiderseits von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Hier wurde eine Grenze geschaffen, die nicht trennt, sondern Nationalitäten und Staatsangehörigkeiten miteinander verbindet.

Gerade die Geschichte dieses Raumes beweist, daß der einzelne und die Gemeinschaft ohne geschichtliches Bewußtsein nicht bestehen können. Das geschichtliche Bewußtsein bietet die Chance, der gemeinsamen Vergangenheit und Tradition, aber auch der gemeinsamen Verantwortung in der Gegenwart und für die Zukunft bewußt zu werden. Erscheinungen heute können durch die

Beschäftigung mit ihren geschichtlichen Voraussetzungen besser erklärt werden. Die Geschichte vermittelt Einsichten in das Woher und verschafft das Vermögen, die Frage nach dem Wohin auf Grund der Kenntnis vergangener Epochen besser zu beantworten. Daß in der Geschichte die Vielfalt menschlicher Bedürfnisse und Handlungsmöglichkeiten zutage tritt, führt sie auch zum Mitdenken und zum Mitfühlen mit anderen. Deshalb brauchen wir die Geschichte: zur Eingliederung in die Gemeinschaft mit anderen durch das gemeinsam Erlebte und zur Vermittlung von bewährten und künftig zu bewahrenden Werten.

Uns verbindet der Wille zum friedlichen Miteinander der Menschen in Europa. Indem die Minderheiten ihre Rolle im jeweiligen Kulturraum bewahrt und indem die Staaten eine verständnisvolle Politik des Miteinander betrieben haben, ist hier tatsächlich ein Modell für das Zusammenleben von Nachbarn geschaffen worden. Es ist modellhaft für die Eingliederung von Minderheiten in die Gemeinschaft, für das Fortleben von Minderheiten auf Grund eigener Wertvorstellungen und für das Miteinanderleben dieser Menschen in einem Raum. Die hervorragende Rolle, die den Minderheiten zufällt, ist durch den Beitritt Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft noch bedeutsamer geworden.

Der Historiker jedoch stellt mit Schmunzeln fest, daß unter Margrethe I. im Jahre 1397 in der Kalmarer Union die skandinavischen Staaten mit Schleswig- Holstein zusammen ein gemeinsames Imperium bildeten und daß fast 600 Jahre später unter Margrethe II., diesmal in der Europäischen Gemeinschaft, eine enge Verbindung hergestellt worden ist.

Europa ist für uns alle eine Gemeinschaft der demokratischen Staaten mit gemeinsamen Grundwerten und Zielen.

Aus der Ansprache von Professor Braun, schleswig-holsteinischer Kultusminister, auf dem Deutschen Tag 1977

... wobei die nationale Idee Europa nicht mehr trennt

Volk und Staat als Elemente der Deutschlandpolitik und der europäischen Politik

Aus der Festansprache des Parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Egon Höhmann, zum Deutschen Tag 1977 des Bundes deutscher Nordschleswiger

Ich habe die Ehre, vor dem diesjährigen Deutschen Tag über das Thema „Volk und Staat als Elemente der Deutschlandpolitik und der europäischen Politik“ zu sprechen. Für die Bundesregierung ist, ausgehend von der Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes, der Begriff der Nation ein zentrales, tragendes Element ihrer Deutschlandpolitik. Ich stelle deshalb auch in meinen Ausführungen vor allem diesen Begriff in den Mittelpunkt. Das gilt auch für meine kurzen Bemerkungen zum Verhältnis von Deutschland- und Europapolitik als Prozeß der Annäherung und Einheit von Nationen.

Als die sozialliberale Koalition 1969 eine neue Deutschlandpolitik einleitete, ging sie davon aus, daß es zwar zwei Staaten in Deutschland gibt, diese jedoch für einander nicht Ausland sein können. Von damals bis heute lautet eine der grundlegenden Arbeitsformeln unserer Deutschlandpolitik:

„Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte — mit ihrem Glanz und Elend — verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Hause. Wir haben auch noch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Verantwortung: für den Frieden unter uns und in Europa. Zwanzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern.“

Hinter dieser Erklärung steht die Einsicht, daß eine Nation sich auf das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes gründet und dem Willen, sich staatlich zu organisieren, nicht allein von gesellschaftspolitischen Umwandlungen abhängig. Das bedeutet auch eine Relativierung der These, mit einem bestimmten Abschnitt der gesellschaftlichen Entwicklung sei automatisch auch eine neue Qualität der Nation erreicht. Das wichtige Element einer gemeinsam erlebten und gemeinsam zu verantwortenden Geschichte, der keiner entfliehen kann, die Bindungen in und zwischen Familien, die gemeinsame Sprache und auch noch Kultur sowie eine Vielzahl von

Unwägbarkeiten, die uns Zusammengehörigkeit fühlen lassen — das alles sind Realitäten.

Wie Eugen Lemberg, einer der Wissenschaftler, die sich besonders eingehend mit dem Begriff der Nation auseinandergesetzt haben, in seiner „Geschichte des Nationalismus in Europa“ feststellt, können zwar die Größe und die Merkmale von Nationen, „auf denen ihre Einheit und Abgrenzung beruht, wechseln“.

Das Gefühl der Zusammengehörigkeit ergibt sich nicht zuletzt auch aus dem gemeinsamen Schicksal der Spaltung Deutschlands im Gefolge des Zweiten Weltkrieges. Diese Spaltung ist bei weitem nicht nur, wie von seiten der DDR so oft behauptet wird, allein der Ausgangspunkt des Entstehens einer besonderen sozialistischen deutschen Nation in der DDR, sondern auch ein wichtiger Bestandteil in einem gemeinsamen Nationbegriff der Deutschen nach 1945. Bundeskanzler Brandt erklärte allerdings in seinem Bericht zur Lage der Nation am 23. Februar 1972 auch, daß dieses Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und die auf ihm beruhende Wirklichkeit nicht ungefährdet sind. Deshalb komme viel darauf an, der Jugend hüben und drüben das Gefühl für und das Wissen um das, was uns trotz aller Teilung bleibt, zu erhalten.

Am 21. Dezember 1972 wurde der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet. In der Präambel dieses Vertrages wurde ausdrücklich festgestellt, daß in grundsätzlichen Fragen, darunter auch zur nationalen Frage, unterschiedliche Auffassungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR bestehen. Im Brief der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Einheit an die Regierung der DDR vom 21. Dezember 1972 hat die Bundesregierung noch einmal bestätigt, daß es ihr Ziel ist und bleibt, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dies ist und bleibt weiterhin der oberste Grundsatz der Deutschlandpolitik der Bundesregierung.

Bundeskanzler Schmidt hat dies auch in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 deutlich gemacht, als er sagte: „Wir werden durch zähe und geduldige Arbeit den Zusammenhalt der Menschen in Deutschland wahren. Dem dient die Politik, die wir gegenüber dem anderen deutschen Staat auf der Basis des Grundlagenvertrages verfolgen.“

*

Die DDR konfrontiert uns mit einer ganz anderen Auffassung von der Nation. Für sie gibt es je eine „bürgerliche“ oder „kapitalistische“ und eine „sozialistische“ Nation in Deutschland. Der Charakter einer Nation wird nach dieser These von den Eigentums- und Machtverhältnissen bestimmt, die in einer Gesellschaft existieren, weniger von den ethnischen Aspekten wie gemeinsamer Sprache, Herkunft, Sitten und Lebensgewohnheiten. Nation wird so zum Resultat

ökonomischer Entwicklungsprozesse und geschichtlicher Klassenkämpfe und hat sich entsprechend dieser These in der jüngsten Zeit qualitativ so verändert, daß ein neuer Typ von Nation entsteht.

Die sozialistische deutsche Nation hat in der DDR die einheitliche deutsche Nation abgelöst, so dekretiert es die DDR-Führung. Ja man geht dort sogar so weit zu sagen, daß zwischen sozialistischer und kapitalistischer Nation so grundlegende Unterschiede herrschen, daß es eine Einheit zwischen ihnen, sei es durch Wiedervereinigung oder auf anderem Wege, nicht mehr geben kann. Die konstruierte These der DDR von der Entwicklung zweier Nationen in Deutschland kulminiert in der Feststellung, das Nationalbewußtsein der Deutschen in beiden Teilen unseres Heimatlandes sei nichts weiter als ein „Trugbild“.

*

Vor diesem Hintergründe entwickelte die Bundesregierung die Instrumente für die praktische Politik. Da wir von der Realität ausgehen müssen, daß das deutsche Volk heute in zwei voneinander unabhängigen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen lebt, können Verbesserungen und Veränderungen in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten zum Nutzen der Menschen nur auf dem Verhandlungswege erreicht werden. Solche Verhandlungen stehen unter dem Vorbehalt, daß sie nur dann zu Vereinbarungen und zur Zusammenarbeit führen können, wenn entweder ein gemeinsames Interesse vorliegt oder wenn abweichende Interessen gegeneinander aufgewogen und in einem für beide Seiten tragbaren Kompromiß verbunden werden können.

Eine realistische Einschätzung des seit 1969 unter Zugrundelegung dieser Elemente Erreichten zeigt zweierlei:

- die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten hat sichtbare Fortschritte gemacht, auch wenn noch viel zu tun bleibt,
- die Politik der innerdeutschen Entspannung hat in den siebziger Jahren zu einem deutlichen Abbau von Spannungen geführt, so daß diese von unseren Partnern im Bündnis mitgetragene Politik letztlich keine vernünftige Alternative hat. Wir haben seit 1972, und ich beziehe hier Abkommen und Vereinbarungen zwischen dem Senat von Berlin und der Regierung der DDR ein, mit der DDR über dreißig Abkommen und Vereinbarungen erreicht, das sind so viele wie in all den Jahren zwischen 1949 und 1972. Beinahe wöchentlich treffen sich Kommissionen und Verhandlungsdelegationen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Regelungen seit Inkrafttreten des Grundlagenvertrages umfassen so wichtige, die Menschen in beiden Teilen Deutschlands direkt betreffende Bereiche wie den Reiseverkehr zwischen Familienangehörigen, das Gesundheitswesen, den Post- und Fernmeldeverkehr, den Sport und den Tourismus sowie die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, um nur einige zu nennen. Ein ganz entscheidendes Element der Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist die gegenseitige

Kommunikation und der direkte Kontakt zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Hier haben wir seit 1972 viel erreichen können. Ich möchte nur einige Beispiele nennen:

1972 gab es 6,2 Mio. Einreisen nach Berlin (Ost) und in die DDR, 1976 waren es 7,9 Mio. 1972 verzeichneten wir im Transitverkehr von und nach Berlin (West) 10,4 Mio. Reisen, 1976 dagegen 14,8 Mio., und im ersten Halbjahr 1977 sind es bereits 8,2 Mio. 1972 reisten rund 1 Mio. Besucher im Rentenalter aus der DDR zu uns, 1976 waren es mehr als 1,3 Mio. An die 40 000 jüngere DDR-Bewohner besuchen jährlich die Bundesrepublik Deutschland in dringenden Familienangelegenheiten. In der Familienzusammenführung hatten wir 984 gelöste Fälle im Jahre 1972, 4914 waren es 1976. Zum Bereich der menschlichen Kontakte und der Kommunikation gehört auch der Telefonverkehr nach Berlin (Ost) und in die DDR. 1972 betrug die Zahl der Leitungen in beiden Richtungen 183, im Jahre 1976 waren es 719. Dementsprechend stieg auch die Zahl der Gespräche in West-Ost-Richtung von 5,1 Mio. im Jahre 1972 auf 11,3 Mio. im Jahre 1976.

Ich glaube, in diesen wenigen Zahlen manifestiert sich für jedermann sichtbar das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, und darum ist es das Bestreben der Bundesregierung, die Kontakt- und Besuchsmöglichkeiten der Menschen in Deutschland so weit wie möglich weiter auszudehnen.

*

Die Deutschland- und Entspannungspolitik der Bundesregierung ist in all ihren Phasen mit den anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft abgestimmt und von ihnen unterstützt worden. Einen Widerspruch zwischen der Politik der europäischen Einigung und der Deutschland- und Entspannungspolitik der Bundesregierung gibt es nicht. Im Gegenteil kann man sagen, daß durch die jetzige Deutschlandpolitik die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihren Handlungsspielraum vergrößert hat und nun der Prozeß der europäischen Einigung besser mit unseren nationalpolitischen Interessen und diese mit denen unserer westlichen Verbündeten in Einklang zu bringen sind.

Wir sehen die Nationen Europas nicht mehr in Rivalität und Konflikt miteinander, vielmehr sehen wir sie als Glieder einer größeren Gemeinschaft, wobei die nationale Idee Europa nicht mehr trennt.

Wenn man das Verhältnis zwischen der Europa- und der Deutschlandpolitik der Bundesregierung zusammenfassend charakterisieren will, kann man, so glaube ich, folgendes feststellen: Das Festhalten am Prinzip der Einheit des deutschen Volkes führte weder im verteidigungspolitischen noch integrationspolitischen Bereich zu unüberwindlichen Interessenskollisionen. Umgekehrt kann man auch sagen, daß der erreichte Stand der europäischen Einigung die deutschlandpolitische Option nicht ausschließt.

Dabei sind wir bestrebt, ein Volk der guten Nachbarn zu sein. Erfolge einer

solchen Politik sind nur in dem Maße möglich, wie es gelingt, Grenzen zwischen Staaten und Völkern friedlich und einverständlich zu überwinden. Daß dies mit der deutschen Minderheit in Dänemark und der dänischen Minderheit in Deutschland gelungen ist, stellt ein erfreuliches Ergebnis dieser Politik dar.

Modern im Sinne einer europäischen Einigung und Verständigung

Brauchen wir noch Grenzverbände?

Alle Organisationen, auch Grenzverbände, müssen sich immer wieder einmal selbstkritisch betrachten, ja sich in Frage stellen, um neu herauszufinden, ob sie noch gebraucht werden. Wie verständnislos man unsere Arbeit betrachten kann, haben wir erlebt, als die EUREGIO-Gäste aus dem deutsch-niederländischen Grenzraum uns im vergangenen Jahr besuchten. Sie meinten im Grunde, nicht die Betonung und Pflege der Unterschiede in Sprache und Kultur, sondern ihre Beseitigung sei Voraussetzung für ein geeintes Europa, in dem ein Gefühl der Zusammengehörigkeit nur entstehen könne, wenn das Gemeinsame hervor-, das Trennende aber unter den Tisch gekehrt werde.

Sind also die Grenzverbände überflüssig geworden in einer Zeit, in der man die politischen Probleme in der Größenordnung ganzer Erdteile, ja im Weltmaßstab zu lösen lernt? Sind sie überholt, seitdem die Völker Europas in der EG Zusammenarbeiten und allmählich auch zusammenwachsen? Ist der Europagedanke nur zu verwirklichen, wenn die Völker im Interesse der Integration auf ihre Besonderheiten verzichten? Müssen wir einem solchen Einschmelzungsprozeß zustimmen und ihn fördern, weil er einer höheren Einheit, dem vereinten Europa, dient? Ist es vielleicht kleinkariert, provinzierisch, und zeugt es von schlichtem Lokalpatriotismus, wenn wir glauben, die Besonderheit unserer Landschaft und der Menschen in ihr auch gegen den Zeitgeist und die großen Ströme der politischen Entwicklungen behaupten und erhalten zu müssen?

Das müssen wir uns fragen, wenn es möglich ist, die bewußte Begegnung deutscher und dänischer Kultur in unserem Lande als nicht mehr zeitgemäß anzusehen. Wir müssen uns jedoch dieselbe Frage stellen, wenn wir hören, daß z. B. ein dänischer Lehrer in Husby, also in Schleswig-Holstein, meint, Südschleswig sei seit Jahrhunderten dänischer Boden und die deutsche Bundeswehr trete hier als Besatzungsmacht auf (siehe Flensburg Avis vom 15. 10. 1977). Solche Auffassungen gibt es also noch; ja, sie werden sogar noch veröffentlicht, wie man sieht. Unserer gemeinsamen Sache, der friedlichen Begegnung beider Kulturen in diesem Lande, ist damit ein schlechter Dienst erwiesen worden. Mit der persönlichen Auffassung Nicolai Bücherts aus Husby kann man sich abfinden. Als Lehrer ist er pensioniert, und als Privatmann hat er natürlich das Recht, sich als der letzte Grenzkämpfer zu gebärden. Die Zeit ist Gott sei Dank über seine Denkweise längst hinweggegangen. Das muß man nicht

so ernst nehmen.

Die andere Auffassung, daß alle Unterschiede einer höheren Gemeinsamkeit zu opfern seien, wiegt schwerer. Sie rührt an die Grundlagen und Voraussetzungen der Arbeit der Grenzverbände auf deutscher und dänischer Seite, die bei allem Verständigungswillen und ernstgemeinter Nachbarschaft über die Grenze hinweg eben doch die Unterschiede betonen und sie erhalten wissen wollen. Das gilt auch für die Minderheiten auf beiden Seiten. Wer sich südlich der Grenze zum dänischen Bevölkerungsteil bekennt, will das dänische Element im Landesteil Schleswig stärken. Wer sich nördlich der Grenze als Deutscher fühlt, will das deutsche Element in Nordschleswig stärken. Und die Grenzverbände auf beiden Seiten unterstützen den Wunsch und das Bedürfnis, hier deutsch oder dort dänisch zu denken, zu sprechen, zu leben. So wie der dänische Staat, wie Dansk Grænseforening und andere Einrichtungen dem dänisch orientierten Bevölkerungsteil in Deutschland helfen, seine Eigenart zu bewahren, so helfen die Bundesrepublik Deutschland, das Land Schleswig-Holstein und die deutschen Grenzverbände der deutschen Volksgruppe in Dänemark und auch der deutschen Mehrheitsbevölkerung im Lande Schleswig ihre deutsche Besonderheit in Sprache und Kultur zu pflegen und zu erhalten.

Ist es wirklich zeitgemäß im Sinne der europäischen Einigung, dies alles aufzugeben? Sollen Einrichtungen wie die in Sankelmark oder auf dem Scheersberg, in Tingleff oder auf dem Knivsberg geschlossen werden? Sollen wir auf die Volkshochschulen in Rødding oder in Jarplund, auf Sønderjyllands Symfoniorkester oder Dansk Centralbibliothek in Flensburg verzichten, damit wir bessere Europäer werden? Soll es die Schullandheime der ADS auf Sylt, die dänischen Kindergärten in Flensburg nicht mehr geben? Kann Europa nur entstehen, wenn wir niederreißen und einebnen, was uns unterscheidet?

Das ist eine fatale und gefährliche Fehleinschätzung. Was ist an Europa noch attraktiv, wenn es nur wirtschaftlich interessant ist, uns geistig und kulturell aber ärmer macht? Was sollte gerade einen Dänen, also den Angehörigen eines zahlenmäßig kleinen Volkes, für ein gemeinsames Europa begeistern, wenn er fürchten muß, daß seine dänische Eigenart darin untergeht?! Das gilt sicher auch für den Flamen, den Wallonen, den Iren, den Holländer, nicht so sehr für den Engländer, Franzosen, Deutschen, Italiener. Die großen Völker haben diese Sorge nicht, aber gerade deshalb sollten sie den anderen Völkern helfen, ihre Besonderheit zu erhalten. Sie wirken dann *für*, nicht gegen die europäische Einigung. Europa als geistige Einheit kann nur mit Zustimmung, niemals unter Opferung seiner volklichen Gruppen entstehen.

Hier hat unter den deutschen Grenzverbänden auch der Grenzfriedensbund seine Aufgabe. Er hat sich niemals in den jetzt 27 Jahren seiner Geschichte als eine antidänische Einrichtung empfunden. Er entstand vielmehr im deutschen

Grenzland in einer Zeit, als es notwendig war, das Bekenntnis zum deutschen Volkstum zu erleichtern, es zu befreien von der Belastung, die von der Faszination materieller dänischer Werbung ausging. Der Grenzfriedensbund war immer auf Verständigung aus: er wollte die Nachbarschaft mit der dänischen Bevölkerung in Deutschland wie mit dem dänischen Volk und der deutschen Volksgruppe in Dänemark. Scharfmacher hatten im Grenzfriedensbund nie eine Chance; aber gleichzeitig war der „Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande“, wie er vollständig heißt, immer eine bewußt und betont deutsche Einrichtung. Man kann nämlich sehr nachdrücklich deutsch sein, ohne seinen dänischen Nachbarn zu verteufeln. Umgekehrt gilt das auch. Der Grenzfriedensbund will das deutsche Bekenntnis in unserem Lande unterstützen und fördern und gleichzeitig ein dänisches Bekenntnis ermöglichen und tolerieren. Der Grenzfriedensbund wollte und will, daß die Freiheit der Entscheidung zum Deutschsein nicht beeinträchtigt wird durch wirtschaftliche Vorteile, die ein dänisches Bekenntnis in der Vergangenheit mit sich gebracht hat. Natürlich sind solche wirtschaftlichen Vorteile vor allem für den im Wirtschaftsgeschehen benachteiligten Teil der Bevölkerung attraktiv, für die Menschen nämlich, die sich politisch überwiegend von der Sozialdemokratie vertreten fühlen. Und so hat der Grenzfriedensbund nicht zufällig einen sozialdemokratischen Ursprung. Warum sollten wir das leugnen?! Es geht jedoch hier im Grenzland nicht um den Ruhm oder den Erfolg der einen oder anderen politischen Partei, sondern es geht um das Recht des Bürgers in diesem Lande, deutsch oder dänisch sein zu dürfen, ohne deswegen angegriffen oder gar diskriminiert zu werden. Dänische und deutsche Mehrheiten und Minderheiten, deutsche und dänische Verbände, Organisationen und Einrichtungen sollten bei aller Eindeutigkeit ihrer Einstellung diesen Grundsatz billigen. So wird die Gleichmacherei eines verschwommenen Europagedankens und die Scharfmacherei eines überholten Grenzkampfes vermieden. Nur so wird eine Chance eröffnet, das Zusammenleben zweier Völker in einem Territorium nicht nur erträglich, sondern vielmehr fruchtbar zu gestalten. Das ist nicht antieuropäisch oder provinziell, sondern modellhaft, ja beispielgebend für die Völker Europas.

Die Grenzverbände, die sich für eine Seite engagieren und gleichzeitig das Lebensrecht der anderen Seite respektieren, sind daher nicht überflüssig, veraltet, einseitig und die Entwicklung lähmend, sondern gerade notwendig, zukunftssträchtig, modern im Sinne einer europäischen Einigung und Verständigung. Wir brauchen die Grenzverbände auf deutscher und dänischer Seite, wenn und solange sie die Unterschiedlichkeit beider Völker hervorheben, ohne sie als Waffe gegeneinander zu benutzen.

Man hat es als Reichtum dieses Landes bezeichnet, daß sich hier zwei Völker, zwei Sprachen, zwei Kulturen begegnen. Wer hier lebt, weiß, wie richtig dieses

Urteil ist. Es gibt den Wettstreit, es gibt die kulturelle Herausforderung, und es gibt auch die politische Auseinandersetzung; aber es gibt nicht die Feindschaft gegeneinander und nicht mehr den Kampf um die Grenze. Die Stimme aus Husby ist die Ausnahme, von der die Regel nur bestätigt wird. Sie soll nicht vernünftige und bedächtige Leute aus der Ruhe bringen. Was begonnen wurde an Partnerschaft über die Grenze hinweg, an kommunalpolitischer Zusammenarbeit, an kultureller Begegnung, an persönlichen Kontakten vieler Verantwortlicher, das muß fortgesetzt werden. So wird Nachbarschaft aktiv und nutzbringend für beide Seiten gestaltet.

Und in der Konkurrenz wie in der Zusammenarbeit haben die Grenzverbände, unter ihnen der Grenzfriedensbund, ihren Platz: in der Beobachtung, Darstellung, Kommentierung, Förderung und Gestaltung des Geschehens im Grenzland. —

Wir brauchen die Grenzverbände noch!

POLITISCHE NACHBARSCHAFT vollzieht sich nur dort, wo ohne künstlichen Zwang die Geschichte in die Gegenwart hineinwirkt, und wo auch die Gegenwart mit jedem Tag Geschichte werden soll, wo man sich also des Verschiedenseinwollens bewußt ist. Deutsch-dänische Nachbarschaft in diesem bewußten politischen Sinne, sie liegt greifbar und sichtbar allein zwischen Eider und Königsau. Sie ist geprägt durch die Schlachtfelder von Idstedt und Bau, von Oeversee und Düppel, sie ist geprägt durch die Residenzen in Schloß Gottorf, Glücksburg, Augustenburg und Gravenstein, sie ist geprägt durch die Geburts- und Sterbeorte berühmter Dichter, Feldherren und Politiker, und sie ist schließlich geprägt durch die vielfachen Kulturstätten auf dänischem und deutschem Gebiet.

Dr. Hartwig Schlegelberger in „Stichworte eines Dialoges“

Zweiter Teil

Sozialdemokratie und Schleswig-Holstein-Frage 1864-66

Wilhelm Liebknechts unbekannte Leitartikel in der „Osnabrücker Zeitung“

Wilhelm Liebknecht (1826—1900), der führende außenpolitische Sprecher der Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag, hat sich in seinen Leitartikeln für die Osnabrücker Zeitung schon früh zur schleswig-holsteinischen Frage geäußert. In einem ersten Teil (Grenzfriedenshefte 3/1977, S. 129—146) wurde sein Staatsverständnis, seine Stellung zum Nationalitätenprinzip und sein Konzept eines selbständigen Elbstaates bis hin zur Ablehnung einer Teilung Schlesiens besprochen. Hier folgt der Übergang zum Primat der Innenpolitik auf dem Hintergrund sehr kritischer außenpolitischer Betrachtungen. Liebknecht gelangte in der revolutionären Situation Mitte der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts zur Aufforderung an das deutsche Volk, selber „Schmied seines Schicksals“ zu werden.

Die Haltung der äußeren Mächte

Nicht nur die Teilung Schlesiens, sondern der gesamte Komplex der schleswig-holsteinischen Frage war damals unter dem vorherrschenden Einfluß der äußeren, teils oligarchischen (England), teils bonapartistischen (Frankreich), teils automatischen (Rußland) Kräfte zu sehen. Das „politische Gespräch“,⁸² die heimlichen und unheimlichen, die öffentlichen und veröffentlichten diplomatischen Kontakte und außenpolitischen Aktionen der „großen Mächte“ fanden in Liebknechts Leitartikeln ein lebhaftes, kritisch reflektierendes Echo.

Dänemark

Das direkt angegriffene Dänemark bildete noch das kleinste Problem. Mitte Juli 1864 meinte Liebknecht, „der Trotz der Dänen“ sei bereits „völlig gebrochen“.⁸³ Den Verlierern in der Schlacht um Düppel und Alsen schenkte er wenig Mitleid: „Wäre es nicht wirklich das Schwert des Gerichts, hätten die Dänen ihr Schicksal nicht so reichlich verdient — wir müßten sie in der Tat bedauern.“⁸⁴ Doch das blieb eine Erwägung im Konjunktiv, der Liebknecht positiv hinzufügte: „Sie haben ihr Schicksal nicht nur verdient, die Strafe wird ihnen auch nützlich sein.“⁸⁵ Ob sie die Herzogtümer nun an Preußen oder an Deutschland verlören, könne ihnen gleichgültig bleiben. Jedenfalls verwarf Liebknecht den Vorschlag eines Eintritts

„von ganz Dänemark in den deutschen Bund“. Das bedeute „Selbstmord“ für Dänemark, wenn auch „um der Verstümmelung zu entgehen“. Die Personalunion wäre auf alle Fälle verloren und auch bei einer Teilung Schlesiens die „Schleiflinie“ nicht wieder zu erlangen.⁸⁶

Für die Einstellung zu Dänemark spielte die innenpolitische Verfassung des Inselreichs eine wichtige Rolle. Liebknecht äußerte den Verdacht, Herr von Bismarck wollte ursprünglich „die ‚Eroberung‘ der Elbherzogtümer durch einen Kreuzzug gegen das demokratische Prinzip in Dänemark krönen.“⁸⁷ Im Sturz des „halbliberalen“ Ministeriums unter Christian Albrecht Bluhme, das einem „reaktionären Junkerkabinet“ weichen mußte, erblickte der kritische Beobachter Anzeichen Bismarckscher Regie. Der preußische Ministerpräsident, so schrieb Liebknecht, „wird nun zufrieden sein, und seine Bedenken, die Nordschleswiger einer demokratischen⁷ Regierung anzuvertrauen, sind zu Boden gefallen.“⁸⁸ Für Liebknecht galten die umgekehrten politischen Präferenzen — versteht sich. Er hätte einem liberal und demokratisch oder sogar sozialistisch regierten Dänemark viel leichter Konzessionen gemacht.

England

Am engsten mit Dänemark verbunden erschien England. Liebknecht, der die englischen Verhältnisse aus zehnjähriger Londoner Erfahrung genau kannte, sah in Albion „die einzige Macht, die aus Interesse Lust haben könnte, den Dänen beizuspringen“.⁸⁹ Allerdings hätte es „bei einem Kriege mit Deutschland so viel zu verlieren und so wenig zu gewinnen, daß ein Abweichen von der bisherigen Neutralität einfach Wahnsinn wäre“.⁹⁰ Dagegen meinte er, „die ganze Hoffnung“ Dänemarks „beruhte auf England“,⁹¹ und der rasche Waffenstillstand wäre das Resultat der englischen Zurückhaltung gewesen. Tatsächlich hatte die regierungsfreundliche Presse aus der Londoner Fleetstreet anfangs zum Sturm gegen den deutschen Vormarsch geblasen. Liebknecht kommentierte: „Die Schimpfereien, das Gekeife der englische Presse ist in frischem Gedächtnis. Die ‚Times‘ erschöpfte das Wörterbuch des Fischmarktes von Billingsgate; die edlen Lords des Ober- und Unterhauses taten desgleichen.“⁹² Aber das britische Volk ließ sich keineswegs für einen Krieg begeistern: „John Bull rührte sich nicht. Er begriff sehr wohl, daß er gegen das vereinte Österreich und Preußen nichts ausrichten konnte.“⁹³

Freilich waren die außenpolitischen Mittel des britischen Königreichs damit noch lange nicht erschöpft. „Frankreich und England“, so wollte es das Gerücht, „hätten Schritte getan, um den Herzog von Augustenburg, der die dritte Tochter der Königin Viktoria von England heiraten soll, die Krone der Elbherzogtümer zu sichern; durch dieses Aushilfsmittel würden die Hindernisse, welche die Person des Prinzen Friedrich biete, umgangen, und die Rechte des Hauses Augustenburg

gewahrt.“⁹⁴ Liebknecht schenkte solchen Geschichten wenig Glauben und betrachtete das „Gespenst“ der „westmächtlichen Intervention“⁹⁵ — ob militärisch oder dynastisch — als das, was es realpolitisch war: eine Schimäre.

Frankreich und Italien

Gefährlicher als eine nordwestliche Allianz der Seemächte erschien Liebknecht eine südwestlich-kontinentale Verbindung von Frankreich und Italien, die gemeinsam mit Preußen das österreichische Potential ausschalten konnte. In aller Schärfe erklärte Liebknecht gegenüber dieser Möglichkeit und nicht zuletzt an die Adresse seiner italienischen Freunde gerichtet: „Wir wünschen ein freies und einiges Italien und gönnen den Italienern Venetien. Aber wir wollen auch ein freies und einiges Deutschland, und wenn die Italiener im Bunde mit Bonaparte, ihrem und unserem Feind, Österreich angreifen, wäre es ein Verrat am Gedanken der deutschen Freiheit und Einheit, unterstützte Preußen entweder direkt oder indirekt einen solchen Angriff, dessen Gelingen ein Unglück wäre für das Gesamt Vaterland.“⁹⁶

Liebknecht stellte immer wieder heraus, „daß das Ausland, insbesondere Frankreich, ein Interesse habe, die Annexion der Herzogtümer an Preußen zu wünschen“, weil diese Aktion „Zwiespalt, vielleicht Bürgerkrieg in Deutschland hervorrufen müßte.“⁹⁷ Die offiziöse Presse in Berlin und Paris stimmte in diesen Fragen nur zu gut überein. Liebknecht bemerkte spöttisch: „Die landlustigen Herrchen in Berlin haben begriffen, daß ‚die letzte Planke ihres Heils‘ an dem Seinestrand liegt, und dahin richten sie sehnsuchtsvoll ihre Blicke.“⁹⁸ Die latente französische Einmischung gefährdete das Konzept eines selbständigen deutschen Elbstaates im Rahmen einer gesamtdeutschen Lösung. Andererseits würde aber auch Preußen, so stellte Liebknecht schon 1864 fest, niemals die freiwillige Zustimmung Österreichs zu der beabsichtigten Einverleibung Schleswig-Holsteins in den preußischen Staatsverband erlangen. Allein Frankreich wäre dazu bereit: „Und man muß sich also mit Napoleon verständigen.“⁹⁹ Das war das notwendige Ergebnis solcher real- und machtpolitischer Überlegungen.

Während des Jahres 1865 beharrte Liebknecht auf dieser Analyse. Frankreich und seine italienischen Helfer würden im Süden gegen Österreich Front machen und dadurch Preußen im Norden freie Hand schaffen. Liebknecht ließ sich auch nicht mehr durch anderslautende Tagesnachrichten irritieren¹⁰⁰, sondern fühlte sich durch die Entwicklung vom Frühjahr 1866 vollauf bestätigt. „Aus den Tausenden von Gerüchten“, so schrieb er, „springen zwei Tatsachen hervor:

1. daß Herr von Bismarck, wessen ihn die neueste österreichische Note offen bezichtigt, die Allianz des Königreichs Italien gesucht hat, und
2. daß die italienische Regierung, mag nun eine förmliche Allianz zustande

gekommen sein oder nicht, sich zu einem Kriege gegen Österreich rüsten.“¹⁰¹ Folglich werde „die Frage der Annexion von Schleswig-Holstein“ durch Preußen letztlich „in Italien entschieden“¹⁰², lautete die journalistische Pointe auf diese Art Geheimdiplomatie, die rücksichtslos über den Willen der betroffenen Bevölkerung hinwegging.

Das zaristische Rußland

Soweit es die Mächte im Norden, Westen und Süden Europas anlangte, verfolgte Liebknecht die außenpolitische Entwicklung mit dem Scharfsinn des realpolitisch aufgeklärten Beobachters, der das Spiel der europäischen Mächte um Einflüsse und Allianzen nüchtern zu analysieren, witzig zu kommentieren und aus radikal-demokratischer Sicht zu kritisieren verstand. Aber der Zorn ging mit ihm durch, wo das russische Reich erkennbar die Vormacht erstrebte oder auch nur den Anschein solchen Strebens erweckte.

Die psychologisch dunklen Ursprünge des Russenhasses wie die historischen negativen Erfahrungen mit der „Heiligen Allianz“ und der reaktionären Rolle des Zarentums, wo immer freiheitliche Bestrebungen aufbrachen, beeinträchtigten offenbar Liebknechts politische Urteilskraft. Antizaristischer Übereifer führte erkennbar seine kämpferische Feder. Die antirussische Idiosynkrasie, diese bis ins Krankhafte gehende Abneigung gegen fast alles, was aus Rußland kommen mochte, teilte Liebknecht mit Marx und Engels.¹⁰³ Die antirussische Tendenz war eine gemeinsame Leitlinie ihrer Kommentierung der schleswig-holsteinischen Frage.

„Rußland“, so meinte Liebknecht, „ist eigentlich der entgegengesetzte Pol Frankreichs — der negative, während dieses der positive. Es vertritt in der modernen Geschichte das Prinzip des Stillstandes, wie Frankreich das der Bewegung“.¹⁰⁴ Trotzdem verfolgten beide gegenüber Deutschland eine gemeinsame Politik der Spaltung: „Rußlands Stellung in Europa hängt wesentlich von der Schwäche und Zersplitterung Deutschlands ab. So lange wir zersplittert sind, übt es eine Art von Patronat über Deutschland und damit über Europa aus. Drum begünstigt es innerhalb Deutschlands alle Sonderbestrebungen, und außerhalb Deutschlands die Bestrebungen alle unserer Feinde, insbesondere des französischen Kaisers.“¹⁰⁵

Innerhalb Deutschlands erschien Preußen für Rußland als mächtigster Partner im Kampf gegen die Einheit. Liebknecht vermutet eine „geheime Allianz“ dieser drei Mächte und fügte bekräftigend hinzu: „Diese Allianz ist kein bloßer Traum, kein bloßes Schreckgespenst; sie hat Fleisch und Blut und ist die größte Gefahr für unser Vaterland — eine Gefahr, der wir nur durch die Entwicklung der inneren Freiheit und die Kräftigung des Nationalgeistes entgehen können.“¹⁰⁶

Als Ziel der geheimen Absprache mit dem Osten betrachtete Liebknecht eine

Teilung der Beute im Norden: „die Elbherzogtümer für Preußen; das eigentliche Dänemark für Rußland.“¹⁰⁷ So erklärten sich auch einige Hindernisse der Kandidatur des Prinzen Friedrich, weil nämlich „die Erbfolge des Hauses Augustenburg sich nicht mit den russischen Welteroberungsplänen“ vertragen.¹⁰⁸ Im Mittelpunkt der zaristischen Machinationen sah Liebknecht die Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg, am Ende dieser Bestrebungen die Beherrschung der Ostseeausgänge durch Petersburg.

Die Zusammenhänge einer solchen, von langer Hand und auf weite Sicht angelegten Politik erklärte Liebknecht seinen Lesern auf folgende Weise:

„Es wird offiziell bestätigt, daß Rußland seine sogenannten Ansprüche auf Holstein an das Haus Oldenburg ‚übertragen‘ hat. Was diese Übertragung betrifft, so ist sie nichts anderes als ein Taschenspielerstückchen. Das Haus Oldenburg und das Haus Romanoff gehören derselben Familie an, und indem Rußland seine, übrigens apokryphen Ansprüche auf einen Teil Holsteins an Oldenburg ‚abtritt‘, befolgt es eine ähnliche Taktik, wie ein Mann, der sein Vermögen aus gewissen Gründen seiner Gattin cediert. Das Vermögen soll in der Familie bleiben. Durch diese Schenkungen verbirgt Rußland seine Klauen: statt direkt auf das Ziel loszugehen, und den geraden Weg zu wählen, auf dem es Widerstand zu erwarten hätte, wählt es einen harmlos scheinenden Umweg, und hofft so den Argwohn einzuschläfern. Ob nun der Zweck Rußlands ist, Schleswig-Holstein unter den Großherzog von Oldenburg zu bringen, in der Absicht (wie man vielfach glaubt, ihn später zum König Dänemarks zu machen, so daß ganz Dänemark samt den Elbherzogtümern mit der Zeit ein ‚Russisches Vicekönigtum‘ würde — ein Arrangement, das vermutlich mit der Einverleibung Oldenburgs in Preußen verbunden wäre), oder ob der Zweck der ist, das alte Annexionsprojekt durchzuführen und gewisse Garantien für die künftige Erwerbung des eigentlichen Dänemarks zu erlangen — was uns das Wahrscheinlichste dünkt: in beiden Fällen sind die Interessen Deutschlands aufs Tiefste bedroht.“¹⁰⁹

In einer ganzen Serie unternahm der eifernde Leitartikler anschließend den Versuch, seine Leser gegen die Kandidatur des Oldenburgers aufzubringen. Er zog alle Register der Ost-West-Propaganda, die seinerzeit schon ähnliche Argumentationsmuster aufwies wie heutzutage.¹¹⁰ Er beschwor das „dumpfe Grauen vor der sibirischen Eisluff“¹¹¹, nannte sogar das „rote Gespenst“, und meinte, aus lauter Angst vor einer russischen Herrschaft, würde das Publikum noch der bonapartistischen „Säbelherrschaft“¹¹², also dem Cäsarismus, und zwar in der Bismarckschen Version, zulaufen. „Genug“, so faßte Liebknecht zusammen, „von dem Moment an, wo der Großherzog von Oldenburg den Fuß auf schleswig-holsteinischen Boden setzt, herrscht dort Rußland, und hat es Sitz und Stimme im deutschen Bund. Der Einfluß Rußlands auf unsere inneren Angelegenheiten, der seit den Zeiten der heiligen Allianz schon einen so traurigen Hemmschuh des

Fortschritts bildet, wäre mit einem Schlage verzehnfacht.“¹¹³ Einerseits versperrte der Oldenburger Großherzog Peter also die Aussicht auf einen freien Elbstaat in einem demokratisch geeinigten Deutschland. Andererseits verstärkte er sogar die russischen Aussichten auf eine Erbfolge in Kopenhagen. Der amtierende dänische König sei unpopulär. „Ein Wort von Petersburg herübergeflüstert“, so spekulierte Liebknecht, „und er ist gestürzt. Wer will dann die Dänen hindern, den Großherzog von Schleswig-Holstein, den Schützling Rußlands, zu ihrem König zu wählen? Die Aufgabe ist für Rußland nicht schwierig, der Gewinn unberechenbar. Der Großherzog von Oldenburg auf dem Thron des dänischen Gesamtstaates ist der Statthalter Rußlands, das von nun ab über den Norden Europas gebiete, und über dem gefesselten Deutschland die Knute schwingt.“¹¹⁴

Wenn Liebknecht die mögliche Gefahr so dramatisch hervorhob, dann um die freiheitlichen Kräfte in Deutschland aufzurütteln: „Kann Schleswig-Holstein, kann Deutschland ein so verhängnisvolles Attentat auf seine Freiheit, auf seine Nationalität, auf seine staatliche Unabhängigkeit dulden? Nie und nimmermehr. Die Gefahr ist groß, aber zum Glück sind wir nicht hilflos. Möge das Volk wie *ein* Mann sich gegen die Oldenburg-russische Kandidatur erheben, und die Diplomatie muß weichen.“¹¹⁵ Volkswille und diplomatisches Vorgehen waren in diesem Zusammenhang politische Gegensätze.

Primat der Innenpolitik

Liebknecht vertrat in der Weltpolitik ein anderes Prinzip als Bismarck und die europäischen Kabinette. Er befolgte nicht den vielberufenen Primat der Außenpolitik, der seit Niccolo Macchiavelli immer wieder die europäische Politik beherrschte.¹¹⁶ Zwar beweisen seine Leitartikel, daß er die Balanceakte der europäischen Mächte und das Hegemoniestreben bestimmter Staaten wie ein professioneller Diplomat einzuschätzen wußte, aber er verlangte letztlich die Aufhebung dieser völkerverachtenden Diplomatie. Das Konzert der äußeren Mächte sollte gleichsam durch die innere Stimme der Völker ersetzt werden. Damit markieren Liebknechts Leitartikel die für das Verständnis sozialdemokratischer Außenpolitik so wichtige Wende von der Geheimdiplomatie der Kabinette zu einer demokratischen und sozialen „Völkerpolitik“, wie Eduard Bernstein sie später nannte.¹¹⁷

Den Vorgefundenen Primat der Außenpolitik erklärte Liebknecht einmal aus der inneren Schwäche und Zerrissenheit des deutschen Volkes, zum anderen aus der bonapartistischen Orientierung des preußischen Ministerpräsidenten. Die Enttäuschung des 48er Revolutionärs klingt nach, wenn Liebknecht schreibt: „Es ist ein charakteristischer Fehler der Deutschen, daß sie sich mehr um die Angelegenheiten anderer Völker bekümmern, als um die eignen; daß sie, statt selbständig für die politische Entwicklung in Innern zu sorgen, in träger,

schwatzhafter Ruhe vom Ausland den Anstoß zum Guten wie zum Schlimmen erwarten.“¹¹⁸

Darin sah Liebknecht nicht zuletzt ein völkerpsychologisches Problem: „Die Abhängigkeit von dem Auslande ist ein trauriges Zeichen der Schwäche, der schlimmsten Schwäche, der moralischen. Es gibt nichts Jämmerlicheres, als einen Riesen an Kraft, der kein Selbstvertrauen hat.“ Der Gedanke der Autonomie und Selbstbestimmung, ja des politisch-sittlichen Selbstbewußtseins aus dem geistigen Erbe der klassischen deutschen Philosophie war erneut herauszuhören. Liebknecht bewegte sich hier wieder in Gedankengängen seines Johann Gottlieb Fichte, der zur Philosophie der neuen Staatsbildung so viel beizutragen hatte. Das moralische Versagen der Fortschrittspartei im Verfassungskonflikt und in der Auseinandersetzung mit Bismarck, ihre Unfähigkeit, das legitime Mittel der Steuerverweigerung wirksam einzusetzen, entsprach nur zu genau der beklagten inneren Schwäche des deutschen Volkes. Anders Bismarck, der seine innenpolitischen Schwierigkeiten durch eine moralisch unbedenkliche, besser gesagt, bedenklich unmoralische Außenpolitik zu kompensieren verstand.¹¹⁹ Er „begriff von vornherein“, daß seine schwierige Aufgabe „nur durch ‚Staatsstreiche nach außen‘ zu lösen sei“. Noch bevor der preußische Ministerpräsident sich selber öffentlich zum Primat der Außenpolitik bekannte, diagnostizierte Liebknecht diesen Grundzug der Bismarckschen Politik: „Das Beispiel Bonapartes schwebte ihm vor, dem es bis jetzt geglückt ist, sein Volk durch auswärtige Triumphe von der Betrachtung des inneren Elends abzuhalten und das Bild der Freiheit durch den Flitterglanz des Ruhms zu verdunkeln.“¹²⁰

Durch „allerlei mysteriöse Andeutungen“ wie das Gerede von „Blut und Eisen“ versuchte Bismarck im Volk den Glauben zu erwecken, „er habe eine prachtvolle Zukunft zu versprechen“.¹²¹ Dabei wisse er ganz genau, „daß Preußen ohne einen europäischen Krieg nicht an die Spitze Deutschlands treten, nicht einen Fuß breit Landes gegen den Willen Österreichs“ annectieren könne.¹²² „Staatsstreich nach außen“, das bedeutet Annexionspolitik, und zwar von langer Hand betriebene, systematische Annexionspolitik zum Zwecke äußeren Machtgewinns und sogenannter „moralischer“ Eroberungen im Innern. Entsprechenden Überlegungen sei der preußische Premier von Anfang an auch in der schleswig-holsteinischen Frage gefolgt. Schon vor dem Tode des Königs von Dänemark, also ehe die aktuelle Gelegenheit sich auftat, habe Bismarck diese Politik konzipiert. Das glaubte Liebknecht jedenfalls durch seine intimen Kenntnisse aus der kurzen Gemeinsamkeit mit August Braß heraus behaupten zu können.¹²³

Bismarck selber sagte im preußischen Abgeordnetenhaus zur Erklärung seiner Politik: „Mir sind die auswärtigen Dinge an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen.“¹²⁴ Aber war das nicht Außenpolitik als Ideologie, als schöne Bemäntelung innerer Probleme? Und konnte es überhaupt Außenpolitik um ihrer

selbst willen geben? Durfte Außenpolitik als Selbstzweck aus persönlicher Neigung oder gar Leidenschaft betrieben werden? Mußte sie ihre Sinngebung nicht stets von der inneren Aufgabe her erhalten?

Aus Liebknechts Sicht durfte es keinen Primat der Außenpolitik geben, war Außenpolitik als autonomes Prinzip eine Unmöglichkeit, und zwar auch für Bismarck. Außenpolitische Aktionen mußten vor allem von ihren inneren Voraussetzungen und Folgen her verstanden und beurteilt werden. „Wir für unsern Teil“, so bekannte Liebknecht, „sind außerstand, die auswärtige Politik des Herrn von Bismarck von seiner inneren zu trennen.“ Konsequenter fügte er hinzu, eine außenpolitische Niederlage wäre deshalb „das Beste, was dem preußischen Volk gegenwärtig geschehen könnte.“¹²⁵ Freilich bedurfte es dazu der Einsicht in die Dialektik von Innen- und Außenpolitik, die nur bei wenigen Lesern vorausgesetzt werden durfte. Erleichtert bemerkte Liebknecht das wachsende Verständnis der Volksvertreter in diese Zusammenhänge: „Mit Befriedigung müssen wir hier konstatieren, daß die Mehrheit der preußischen Abgeordneten den innigen Zusammenhang zwischen der äußeren und inneren Politik des Herrn von Bismarck begreift und eine deutsche, nationale Lösung der schleswig-holsteinischen Frage einer preußisch-partikularistischen vorzuziehen beginnt.“¹²⁶ Freilich blieb das ein vorübergehender Erfolg.

Besonders empörend fand Liebknecht immer wieder die Neigung der deutschen Presse aller Richtungen, die „Intervention des Auslandes“ in der schleswig-holsteinischen Frage wie auf dem weiten Felde der deutschen Einigungsbewegung durch unbedachte Kommentare herbeizureden.¹²⁷ „In keinem andern Lande der Welt“, so klagte er, „wäre ein solcher indirekter Appell an fremde Regierungen möglich; in jedem anderen Land würde ein Einmischungsversuch des Auslands von der ganzen Nation energisch zurückgewiesen und würden diejenigen, welche von einem derartigen Versuch in anderem Ton als dem der Entrüstung sprächen, an den Pranger der öffentlichen Meinung gestellt.“¹²⁸ Erfahrungen mit der englischen Presse dürften bei dieser Feststellung Pate gestanden haben. Liebknecht scheute sich offenbar nicht, die nationale Loyalität der britischen Presse in Fragen der Außenpolitik als vorbildlich hinzustellen.

Ihm fehlte auch keineswegs der Mut zu nationalen Tönen, wie er sie aus der Presse der westeuropäischen, historisch gewachsenen Nationalstaaten und Staatsnationen kannte. Nach dem Sieg über Dänemark sah er in der schleswig-holsteinischen Frage nur noch ein innerdeutsches und nationales Problem. „Wir“, so schrieb er, „messen den Absichten, den Strebungen der auswärtigen Mächte viel zu viel Wichtigkeit bei. Unser nationales Recht, unsere nationale Ehre, unsere nationalen Interessen sind auf dem Spiel; kein Fremdling hat sich einzumischen.“¹²⁹ Eindringlich wiederholte er den Wir-Appell: „Wir Deutsche, und wir allein“ müßten die schleswig-holsteinische Frage lösen, „wenn

wir den Namen einer Nation“¹³⁰ verdienten. Dagegen hätten „die auswärtigen Regierungen“ endlich „zu schweigen.“¹³¹ Die schleswig-holsteinische Frage werde „entweder *in* Deutschland gelöst, oder sie werde *gegen* Deutschland gelöst. Das hätte unser Volk begreifen und seine ganze Energie auf die innere Politik konzentrieren sollen.“¹³²

Der Primat der Innenpolitik, wie Liebknecht ihn verstand, war ein einziger Appell an das Selbstbewußtsein des Volkes, an seine inneren, reformerischen und revolutionären Kräfte, an seinen Willen zur Einigung und demokratischen Neuordnung des Reiches. Dieser Primat der Innenpolitik war der politische Ausdruck seines Verständnisses von Volkssouveränität und nationaler Autonomie: „Die *Einheit* ist die Bedingung unserer nationalen Existenz. Einig sind wir der Welt gewachsen, uneinig der Spielball des übrigen Europa. Zur Einheit verhilft uns aber keine fremde Allianz, können wir nur selber uns verhelfen.“¹³³

Der Sechsendreißiger Ausschuß

Konsequent hielt Liebknecht sich an die einzige innerdeutsche und halbwegs demokratisch legitimierte Autorität, die mit der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage beauftragt war: den sogenannten Sechsendreißiger Ausschuß. Dieses Gremium war am 21. Dezember 1863 von der in Frankfurt am Main tagenden Abgeordnetenversammlung eingesetzt worden. Es sollte ein Mittelpunkt der gesetzlichen Tätigkeit der deutschen Nation für die Durchführung der Rechte der Elbherzogtümer und ihres rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII. sein. Diese Aufgabenstellung stimmte mit der Konzeption eines freien deutschen Elbstaates weitgehend überein. Liebknecht meinte, der Ausschuß sollte erstens dem Rechte des Augustenburgers „Geltung verschaffen“ und zum anderen „die Trennung der Herzogtümer von Dänemark, deren Selbständigkeit und unzertrennliche Verbindung mit allen gesetzlichen Mitteln betreiben.“¹³⁴ Liebknecht sah in diesem Ausschuß „mit aller Verantwortlichkeit einer solchen Stellung die diplomatische Führerschaft der vereinigten liberalen Parteien“ in Deutschland, deren Mandat nicht nur auf die schleswig-holsteinische Frage „lautete“, sondern mit der deutschen Frage schlechthin „gleichbedeutend“ war.¹³⁵ Um so enttäuschter zeigte sich der engagierte Kommentator über die wirklichen Arbeitsergebnisse. Auf die Frage: „Was haben sie geleistet?“ mußte er rückblickend antworten: „Der Ausschuß hat auf den Gang der Ereignisse nicht den mindesten Einfluß ausgeübt. Hätte er nicht existiert, es wäre alles so gekommen, wie es gekommen ist — jedenfalls nicht schlimmer.“¹³⁶ Liebknecht begrüßte, daß der Ausschuß sein Mandat im Oktober 1865 an die Abgeordnetenversammlung zurückgab. Von dort erwartete er neue Initiativen: „Hoffen wir, daß *jeder* auf seinem Posten sei, *jeder* seine Pflicht tue; *jeder* den großen Satz vor Augen habe: *Salus republicae suprema lex*. Das Heil des Staates ist das oberste Gesetz!“¹³⁷

Die reichstreue und nationale Gesinnung Liebknechts ging viel weiter als billigerweise zu erwarten war. Er meinte, „die nationalen Interessen“ verlangten „die Unterordnung der einzelnen Staaten unter eine gemeinsame nationale Behörde.“¹³⁸ Zwar wäre eine „*nationale*“ Einrichtung dieser Art noch nicht vorhanden, doch es gäbe immer noch eine „*gemeinsame* Behörde“¹³⁹, nämlich den Bundestag in Frankfurt. „So mangelhaft der Bund ist“, räumte Liebknecht ein, „er ist das einzige Band, welches sich um ganz Deutschland schlingt; er repräsentiert die Reichseinheit.“¹⁴⁰ Der Mitbegründer der Sozialdemokratie wollte am alten Bundestag so lange festhalten, bis „eine wirklich nationale Zentralgewalt“ geschaffen war.¹⁴¹

Nachgeborene mögen solche historische Anhänglichkeit, solches zeitfremde Denken in Kategorien der Kontinuität des Reiches, als überlebt belächeln. Doch sei jeder eingedenk der Formulierungskünste, die heute von regierenden Sozialdemokraten aufgeboten werden, um das Bewußtsein der Einheit der Nation und des Fortbestandes gesamtdeutscher Einrichtungen als historisch gewachsene Wirklichkeit am Leben zu erhalten. Jedenfalls erweist sich der „Revolutionär“, der „Reichsfeind“ und angebliche „Hochverräter“ Wilhelm Liebknecht hier als erster Typus jener sozialdemokratischen Parteiführer, die Reichseinheit und Nationalstaatlichkeit um nahezu jeden Preis über Zeiten des Umbruchs und Interregnums hinwegzuretten versuchten.

Aversion gegen Preußen

Bei Liebknechts Bemühung, traditionelle Elemente der Reichseinheit mit revolutionären Kräften der nationalen, demokratischen und sozialen Bewegung zusammenzubringen, mußte Preußen als stärkster innenpolitischer Störfaktor bekämpft werden. Entsprechend ausgeprägt war Liebknechts Aversion gegen alle preußischen Versuche, an die Spitze der Einheitsbewegung zu treten. Seine scharfe Polemik gegen die russische Hegemonie in Europa spiegelte sich gleichsam auf der innenpolitischen Ebene im Kampf gegen die borussische Vorherrschaft.

Mit der gebräuchlichen Passivität Österreichs und der Kleinstaaten sah Liebknecht das Schicksal verbunden, sich „vor der kommenden Sonne des kleindeutschwendischen Cäsarismus verneigen“ zu müssen.¹⁴² Die slavische Komponente im ostelbischen Krautjunkturum, zu dem auch das Haus Bismarck gezählt wurde, verstärkte die Aversion. Liebknecht setzte auf Widerstand gegen Untertanentums und jegliche Auswirkungen eines asiatisch anmutenden Despotismus.

Um seinen Kampf gegen das vom Osten vordringende Preußentum auch literarisch wirksam vortragen zu können, unterschied Liebknecht zwischen „Kleinstaaterei“ und „Partikularismus“. Er nannte Preußen „den Hauptsitz des Partikularismus“ und fügte erläuternd hinzu: „In Preußen hat man sich daran

gewöhnt, den Ausdruck Partikularismus in einem durchaus willkürlichen Sinn zu gebrauchen, nämlich gleichbedeutend mit Kleinstaaterei.“¹⁴³ Dagegen mußte Liebknecht sich wehren, denn andernfalls wäre sein Eintreten für einen selbständigen deutschen Elbstaat als Partikularismus disqualifiziert worden. Er fuhr also richtigstellend fort: „Die Kleinstaaterei — und wir haben das schon wiederholt auf das Entschiedenste ausgesprochen — ist ein großes Übel, allein es ist nicht das einzige Übel, und nicht das größte, an dem das deutsche Vaterland krankt. Weit verderblicher für die nationale und die freiheitliche Entwicklung unsres Volkes ist der preußisch-österreichische Dualismus, ohne den die Vielstaaterei unmöglich auch nur eine Stunde existieren könnte. Jedenfalls ist die Kleinstaaterei an dem Partikularismus unschuldig, wie schon zur Genüge aus dem Umstand erhellt, daß der partikularistischste Staat Deutschlands, der einzige deutsche Staat, der je die Prätension gehabt hatte, die ‚Spitze‘ Deutschlands sein zu wollen, — daß dieser Staat nicht ein Kleinstaat ist, sondern der ‚Großstaat‘ Preußen.“¹⁴⁴ Eine solche antipreußische Sprachregelung war für Liebknecht keine philologische Spitzfindigkeit und keine semantische Spielerei, sondern wirksames Mittel der politischen Auseinandersetzung. „Und da gibt es noch Leute“, so meinte er, „welche behaupten, Worte seien eitel Wind, auf den Namen komme nichts, auf das Ding alles an. Die Toren! Worte regieren die Welt.“¹⁴⁵ Sprachregelungen waren für den späteren Autor des Volksfremdwörterbuchs nicht zuletzt auch Machtfragen. Deshalb stellte er klar: „Die Klagen der spezifischen Preußen über schleswig-holsteinischen ‚Partikularismus‘ lassen uns sehr kalt; wir werfen den Herren das Wort einfach zurück. Was heißt ‚Partikularismus‘? Der Ausdruck kommt von dem lateinischen *pars*, der Teil, und bezeichnet das Streben, die Interessen des Ganzen denen eines Teils unterzuordnen. Wer Preußen, den Teil, an die Stelle Deutschlands, des Ganzen, setzen will, ist ein Partikularist und darf sich, wenn ehrlich, gegen diesen Namen nicht sträuben.“¹⁴⁶

Nach solchen Überlegungen liefen Partikularismus und Annexionismus in der konkreten historischen Situation auf ein und dasselbe hinaus. Sie verbanden sich in dem Versuch Preußens, durch Einverleibung der Elbherzogtümer seine Sonderinteressen in Deutschland durchzusetzen, und zwar mit der Folge, „daß die schleswig-holsteinische Frage im Interesse der Reaktion und des Partikularismus würde ausgebeutet werden.“¹⁴⁷ Immer wieder beschwor Liebknecht den leidigen Zirkel aus Preußentum und Annexionismus, aus Partikularismus und Reaktion.¹⁴⁸ Trotz gewisser Differenzierungen, die für den aufmerksamen Journalisten in Berlin unübersehbar waren, machte er eine durchgehend annexionistische Generallinie der preußischen Politik aus: „Mit Ausnahme des Königs, der aus Legitimitätsrücksichten gegen die Annexion ist, und des Kronprinzen, der zum Herzog von Augustenburg hinneigt, ist hier bei Hof und in der Regierung *jedermann* für die Einverleibung der Elbherzogtümer in Preußen.“¹⁴⁹

In einer thesehaften Zusammenfassung stellte Liebknecht die vier Hauptpositionen der preußischen Politik heraus:

1. Die preußische Regierung ist eifrigst bemüht, den Deutschen Bund beiseite zu schieben, während die österreichische Regierung ihn eifrigst vorzuschieben, sich hinter eine gedeckte und feste Position zu schaffen sucht;
2. die preußische Regierung bekämpft auf das Erbitterteste die Politik der Mittelstaaten, während die österreichische Regierung dieselbe begünstigt;
3. die preußische Regierung will von der provisorischen Einsetzung des Herzogs von Augustenburg nichts wissen, während die österreichische Regierung diesen Schritt warm befürwortet;
4. die preußische Regierung hat die Annexionsfrage bereits offiziell aufs Tapet gebracht, während die österreichische Regierung erklärt, daß sie keine Vergrößerung des preußischen Gebiets dulden könne, wenn nicht als Kompensation das deutsche Gebiet Österreichs entsprechend vergrößert werde.¹⁵⁰

Nicht ohne Schadenfreude vermerkte Liebknecht die ersten Mißerfolge der Prussifizierungspolitik im besetzten schleswigschen Grenzland. Bismarcks „Lieblingsplan, die Annexion an Preußen“, sei rasch „ein Schreckbild, ein Popanz für die Schleswig-Holsteiner“ geworden.¹⁵¹ Im Mittelpunkt der Kritik stand General von Manteuffel, der als preußischer Statthalter Schleswig wie eine „preußische Provinz“ traktierte, der „Jagd auf die Augustenburgerei“ machte und „Drohungen“ gegen die Presse ausstieß.¹⁵² Trotz kritischer Kommentare fahre General von Manteuffel fort, „in Schleswig als ‚türkischer Pascha‘ zu hausen.“¹⁵³ Das wäre „so echt Bismarckisch“, die Art, wie man vergeblich „die Schleswiger durch schlechte Behandlung in die Arme des Preußentums“ treibe.¹⁵⁴ Das war ironisch gemeint. Die später so heftig umstrittene „Köllerpolitik“ lieferte ihr Vorspiel in der politischen Realität und im Spiegel der Kritik.

Voller Genugtuung registrierte Liebknecht die wachsenden Widerstände der Bevölkerung, und zwar insbesondere des Landvolks gegen das preußische Vorgehen: „In den Elbherzogtümern finden die preußischen Annexionsbestrebungen offenbar keinen günstigen Boden. Während für die bekannte Annexionspetition bloß ein paar Dutzend Unterschriften zusammengetrommelt werden konnten, hat die ‚Kieler Erklärung‘, die weder von Annexion noch von preußischer Hegemonie etwas wissen will, bereits 50 000 Unterschriften erlangt, darunter die von vier Fünftel sämtlicher Grundbesitzer der Elbherzogtümer. Wir freuen uns aufrichtig über diese Kundgebung, weil sie eine Bürgschaft wenigstens dafür bietet, daß der Annexionsplan nicht durch eine Abstimmungskomödie nach französischem Suffrage-Universel-Muster der Verwirklichung zugeführt werden kann.“¹⁵⁵

Das demokratische Selbstbewußtsein der *nordelbischen* Landbevölkerung war

offensichtlich viel stärker entwickelt als das der ostelbischen — ein Resultat der klugen dänischen Politik, die in der Bauernbefreiung ebenso vorangegangen war wie Preußen zurückgeblieben.

Für die Arbeiterschaft hatte sich durch Ferdinand Lassalles heikle, teils heimliche, teils öffentliche Bündnisangebote gegenüber Bismarck eine abweichende Lage ergeben. Aber Liebknecht, der schon aus antipreußischer Gesinnung heraus mit August Braß gebrochen hatte, duldet keinerlei Konzessionen in Richtung eines sozial bemäntelten Cäsarismus, auch wenn sie taktisch noch so gut begründet waren. Marx und Engels stärkten dem konsequenten Bismarckgegner den Rücken in der Auseinandersetzung mit Lassalle und dessen preußenfreundlichen Nachfolgern. Liebknecht seinerseits unterstützte die emigrierten Freunde, indem er ihre Haltung in der deutschen Presse publik machte. So schrieb er über Engels einschlägige Broschüre, die gerade in Hamburg erschien:¹⁵⁶ „Der Verfasser wendet sich darin auf das Entschiedenste gegen die preußische Regierung und weist nach, daß ein Bündnis der Arbeiter mit der Reaktion für die ersteren nur die schlimmsten Folgen haben könnte.“¹⁵⁷ In dieser Kontroverse ging es nicht allein um theoretische Positionen, denn Lassalleaner in Hamburg und Altona hatten sich in der ersten Begeisterung für die Aufstellung einer bewaffneten Arbeiter-Einheit zur Befreiung der Elbherzogtümer ausgesprochen.¹⁵⁸ Es handelte sich um handfeste Machtpolitik.

Im Herbst 1865 stellte Liebknecht befriedigt fest, daß die Verbindung der Lassalleaner zur preußischen Regierung abgerissen war: „Herr von Bismarck ist zu der Überzeugung gelangt, daß die deutschen Arbeiter zu klug sind, und es mit der Freiheit zu ehrlich meinen, um sich für reaktionäre Zwecke mißbrauchen zu lassen. Die ‚Allianz der Arbeiter mit den Junkern‘ hat sich als eitler Traum erwiesen; die sogenannten ‚Social-Demokraten‘, welche den Herren Wagner¹⁵⁹ und Consorten ihre Unterstützung liehen, haben kläglich Fiasko gemacht, und da der ‚Sozialismus‘ nicht Knechtsdienste tun will, ist die Regierung es müde, länger mit ihm zu kokettieren.“¹⁶⁰ Zu bedenken war wohl auch, daß Bismarck seine Stellung derart festigen konnte, daß er weniger auf die Unterstützung von Arbeiterseite rechnen mußte.

Freilich sah Liebknecht diesen Zusammenhang nicht. Zur Jahreswende 1865/66 glaubte der unverbesserliche Optimist, Bismarcks Stern wäre im Sinken begriffen. Ja, hätte er die preußische Kammer schon 1864 „zusammengerufen, als der Duppelrausch auf seiner Höhe war, kein Zweifel, die Annexion wäre mit einem Knalleffekt durchgegangen.“¹⁶¹ Inzwischen seien viele Abgeordnete aber „zu der Erkenntnis gelangt“, daß ein Sieg des preußischen Premiers in den Elbherzogtümern „eine Niederlage der Liberalen in Berlin und vermutlich das Signal des Bürgerkrieges in Deutschland sein würde.“¹⁶² Schließlich glaubte Liebknecht, mehr durch Wunschdenken als durch Realitätssinn geleitet: „Die

Stellung des Herrn von Bismarck wird immer unsicherer, seine Annexionspolitik verliert mehr und mehr jede Unterlage.“¹⁶³

Notgedrungen für Österreich

Während der folgenden Monate bis zur Schlacht bei Sadowa (Königgrätz) ergriff Liebknecht stets die österreichische Partei. Später wurde er wegen seiner antiquiert wirkenden, kaiserlich-königlichen Neigungen leicht belächelt. Am Anfang dieser außenpolitischen Linie stand freilich nicht die Sympathie für das Österreichertum, sondern die nüchtern kalkulierte Wahl zwischen zwei unterschiedlich starken Übeln, wobei Liebknecht sich nur notgedrungen auf die Seite der Donaumonarchie schlug: „Der österreichische Partikularismus“, so meinte er, „verträgt sich ebenso wenig mit der Idee eines einigen und freien Deutschland wie der preußische Partikularismus. Um Deutschland zu frommen, muß der Sieg Österreichs zu einem deutschen Sieg werden. Daß er es werde, dafür zu sorgen, ist jetzt die heilige Pflicht des deutschen Volkes. Österreich braucht Deutschland. Deutschland muß Österreich gebrauchen. Österreich ist wegen seiner Schwäche dem Druck der öffentlichen Meinung zugänglich.“¹⁶⁴ In gleicher Weise beurteilte Liebknecht die Haltung der Klein- und Mittelstaaten. Seine Parteinahme entsprang folglich keiner politischen Reichsromantik, sondern war als Real- und Machtpolitik gedacht. Sie erschien funktional aus einer Position der Schwäche heraus, die sich auf kein stehendes Heer zu stützen vermochte, sondern allein auf moralische Mittel und künftige Entwicklungen hoffen durfte. „Die öffentliche Meinung“, so rief Liebknecht seinen Lesern ermutigend zu, „hat sich nur mit der gehörigen Klarheit und mit der gehörigen Kraft zu äußern — und der Triumph deutscher Ideen kann nicht ausbleiben.“¹⁶⁵

Was die besondere Lage in Schleswig-Holstein anlangte, hoffte Liebknecht auf „energische Schritte“ aus Wien,¹⁶⁶ um dem Provisorium in den Herzogtümern ein baldiges Ende zu stecken, und im Verein mit den klein- und mittelstaatlichen Regierungen gegen Preußen vorzugehen.“¹⁶⁷ Die Lösung sollte „im Sinne der Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins“ liegen. Die Bevölkerung sähe, „daß sie auf die Unterstützung Österreichs rechnen“ dürfe. Damit hätte „die Opposition gegen die preußischen Annexionspläne mit einem Male den Rückhalt gewonnen, dessen sie bisher entbehre.“¹⁶⁸

Auch hier verknüpfte Liebknecht seine Appelle an den Volkswillen mit der Hoffnung auf das Funktionieren überkommener Einrichtungen. Er hielt sich an „das Gerücht, Österreich beabsichtige die Einberufung der holsteinischen Stände. Keinen besseren Schachzug könnte das Wiener Kabinett gegen die preußischen Annexionisten tun.“ Doch enttäuscht über das wiederholte Zögern der Wiener Regierung, fügte Liebknecht hinzu: „Indes ist das kein Grund dafür“, daß der Schachzug „wirklich getan wird. Wie oft hat man ihn von Wien aus bereits

angekündigt, ohne daß etwas anderes erfolgt wäre als ein Dementi.“¹⁶⁹ Entgegen solchen Zweifeln ergriff Wien kurz darauf die Initiative, indem es die schleswig-holsteinische Verfassung von 1854 anerkannte. Die achtundvierziger Verfassung wäre den fortschrittlichen Kräften wesentlich lieber gewesen, doch Liebknecht tröstete seine Leser, indem er aus der liberalen Berliner „Reform“ zitierte: „Haben die Holsteiner einmal aufgrund der Verfassung von 1854 ihre Selbständigkeit erlangt, so werden sie aufgrund dieser zu jeder Verfassung gelangen können. So viel Interpretationskunst werden die Herzogtümer wohl im Lauf der letzten Jahre gelernt haben.“¹⁷⁰ Wer Verfassungsfragen als Machtfragen betrachtete, durfte seine Anhänger freilich nicht auf Interpretationskünste vertrösten. Kam es doch seit Marx' Feuerbachthesen weniger darauf an, das Gegebene neu zu interpretieren, als vielmehr die Verhältnisse zu verändern. Liebknecht war dazu durch seine Verbindung zur Internationalen Arbeiter-Assoziation geradezu verpflichtet.

Die Schwäche der Fortschrittspartei und die Notwendigkeit einer funktionstüchtigen Massenorganisation

Der politische Kommentator stieß hier nicht an die Grenzen seiner intellektuellen Einsicht, sondern an die Schranken seiner Wirkungsmöglichkeit als Literat, der ohne eigene Zeitung, ohne Parteiorganisation und Massenverbände auskommen mußte. Er durchlebte das Elend des politischen Feuilletonisten, der seine sozialwissenschaftlich fundierte Aussage nicht in autonome politisch-gesellschaftliche Aktionen umzusetzen vermochte. Es genügte eben nicht, das Verhältnis von Recht und Macht zu reflektieren, sondern es bedurfte realer gesellschaftlicher Instrumente, um richtigen Einsichten durch Machtmittel zum Rechte zu verhelfen.

Ferdinand Lassalle, für den Verfassungsfragen mindestens in gleichem Maße Machtfragen waren, hatte nicht von ungefähr — auch nicht aus Übermut und Leichtfertigkeit — den schwierigen Gang zu Bismarck angetreten. Wenn Liebknecht seinerseits nur notgedrungen die österreichische Partei ergriff, dann machte das keinen großen qualitativen Unterschied. Seiner Strategie lag nur ein anderes Kalkül zugrunde. Doch dafür erlangte er kein machtpolitisches Äquivalent, ja nicht einmal Aussicht darauf — so lautete jene Tatsachenlogik, die sich mit dem Gang der Ereignisse durch keine noch so scharfsinnige oder ehrenwerte Argumentation abweisen ließ.

Unter dem vernünftigerweise geforderten Primat der Innenpolitik reichte es nicht aus, die „inneren Mächte“ im Rahmen des preußisch-österreichischen Dualismus zu suchen, also praktisch auf die Wahl zwischen Preußen oder Österreich angewiesen zu bleiben. Beide verhielten sich zur deutschen Frage schon lange wie äußere Mächte. Zwar betrachtete Liebknecht die Rivalität beider deutscher

Großstaaten immer noch als inneres Problem, doch war das eine äußerliche Konstruktion auf Zeit, die nur so lange halten konnte, bis *eine* von beiden Mächten auch formell den deutschen Bund verließ. Jeder echte und ehrliche, jeder illusionslose und gesellschaftspolitisch realistische Primat der Innenpolitik mußte sich auf demokratische Organisationen des Volkes stützen, auf weltanschauliche Vereine und politische Parteien, auf wirtschaftliche Verbände, auf Genossenschaften und Gewerkschaften, auf Massenorganisationen und gesellschaftlich relevante Gruppen im weitesten Sinne.

Aber in jener historischen Phase zwischen Revolution und Reichsgründung herrschten noch restriktive Vereinsgesetze und rigorose Koalitionsverbote. Das deutsche Parteiwesen war kaum entwickelt, die gewerkschaftlichen Organisationen, zu denen Liebknecht sehr früh Verbindung fand, steckten noch in den ersten, vorsichtig tastenden Anfängen. Von reichsweiten Massenorganisationen des deutschen Volkes oder der Arbeiterschaft konnte gar keine Rede sein. Nicht einmal der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV), den Lassalle 1863 gegründet hatte, zählte mehr als einige Tausend Mitglieder. Nirgends stand eine Organisation mit fünfstelligen Mitgliederzahlen.

Wenn es überhaupt wirkungsvoll organisierte innenpolitische Mächte gab, an die Liebknecht seine aktuellen politischen Überlegungen knüpfen konnte, dann waren das der Nationalverein¹⁷¹ und die Fortschrittspartei. Nur erwies sich die *preußische* Fortschrittspartei, auf die es in erster Linie angekommen wäre, im Verfassungskonflikt wie in der schleswig-holsteinischen Frage als gespalten und damit schwach. „Die Fortschrittspartei“, so klagte Liebknecht, „verzichtete von vornherein auf ihre einzige wirksame Waffe, das Recht der Steuerverweigerung, und Herr von Bismarck hatte somit nichts anderes zu tun, als sich Baumwolle in die Ohren zu stopfen, und die Kammer von Zeit zu Zeit mit höflicher Rücksichtslosigkeit nach Hause zu schicken.“¹⁷²

Durch den „Düppelrausch“ wurde die Entscheidungsschwäche des organisierten Liberalismus noch deutlicher. Im Herbst 1864 mußte Liebknecht feststellen: „Die preußische Fortschrittspartei ist seit einem halben Jahr von dem politischen Schauplatz so gut wie verschwunden.“¹⁷³ Wenig später fügte er hinzu: „Das Traurigste bei der Sache ist, daß die Politik des Herrn von Bismarck von einem Teil der preußischen Fortschrittspartei, und zwar von einem innerhalb der Partei einflußreichen Teile mehr oder weniger unverhohlen gebilligt wird.“¹⁷⁴ Als Anfang 1866 der Abgeordnete Rudolf Virchow endlich durch einen Antrag gegen Bismarcks Politik in Lauenburg vorzugehen versuchte, machte Liebknecht sich keine Illusionen mehr über die Rolle des Liberalismus und seiner Volksvertreter im Parlament. „Wir wollen das Praktische und Unpraktische dieser Auffassung nicht erörtern, nicht betonen, daß sie das Bekenntnis gegenwärtiger Schwäche und begangener Fehler einschließt, — genug, ein direkter Angriff auf die

Annexionspolitik ist im Lauf dieser Session ebenso wenig zu erwarten, wie ein entscheidendes Vorgehen des Abgeordnetenhauses in der engeren Verfassungsfrage.“¹⁷⁵ Diese Schwäche des deutschen Liberalismus spiegelte sich auch in der Entschlußlosigkeit des Augustenburger Prinzen. Er hätte sich von vornherein „auf Seiten der deutschnationalen volkstümlichen Bestrebungen stellen“ müssen¹⁷⁶, meinte Liebknecht und fügte lakonisch hinzu: „Das ist nicht geschehen.“¹⁷⁷

Auf welch geringe Voraussetzungen, auf welch bescheidene Machtmittel eine fortschrittliche deutsche Innenpolitik rechnen durfte, war Liebknecht rasch klar geworden, wenngleich er als soeben heimgekehrter Emigrant nicht unverzüglich für einen Wandel sorgen konnte. Der spätere Partei- und Gewerkschaftsgründer sah die vorhandenen Mängel von Anfang an deutlich als Organisationsproblem: „Die Volksbewegung in Deutschland ist noch zu schwach; es fehlt noch an der nötigen Organisation; und der Nationalverein muß seine Organisation noch sehr verbessern, seine Macht noch sehr erweitern, um auf den Gang der Ereignisse einen bedeutenden Einfluß ausüben zu können.“¹⁷⁸

Zur Lösung übertrug er das Modell außenpolitischer Machtentfaltung, die militärische Organisation, auf das Funktionieren politischer Vereine zum Zwecke zielstrebig innerer Veränderungen: „Für den politischen Kampf gelten wesentlich dieselben Gesetze wie für die militärische Strategie und Taktik. Ein bestimmtes Ziel soll erreicht werden und zu diesem Zweck muß der Gegner niedergeworfen werden. Der politische Kampf wird von Parteien, der militärische von Armeen geführt; und um kampftüchtig zu sein, bedürfen die Parteien der Parteiorganisation und Parteidisziplin, wie die Armeen der Armeorganisation und der Armeedisziplin. Was für eine Armee der Feldherr und die Offiziere, das sind für eine Partei die Parteiführer.“¹⁷⁹

In einer Zeit, die durch Schlagwörter wie „Blut und Eisen“ gekennzeichnet war, dürfen so militante Formulierungen nicht auf die Goldwaage gelegt werden. Liebknecht wollte keinen demokratischen Zentralismus, der wie eine militärische Organisation nach Befehl und Gehorsam funktionierte. Aber er suchte nach einem innenpolitischen Machtinstrument, das den Einrichtungen des Militärs im Konfliktfalle Paroli bieten konnte. Für einen „Soldaten der Revolution“ war es nur konsequent, die Erfolge der preußischen Heeresreform, also die Erweiterung des stehenden Heeres und seinen bewußten machtpolitischen Gebrauch durch die Forderung nach einer militanten, gleichsam „stehenden“ Parteiorganisation mit qualifiziertem Führungsstab zu beantworten. Deren systematischer Aufbau als Arbeiterpartei sollte freilich noch einige Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

In der liberalen Fortschrittspartei wäre eine so straffe Organisationsform schwerlich zu realisieren gewesen. Insofern kennzeichnen Liebknechts Leitartikel seine Abkehr vom liberalen Organisationswesen und seine Hinwendung zur

Arbeiterbewegung. Wenn in Arbeiterpartei und Gewerkschaften später über einen illiberalen, ja geradezu preußischen „Organisationsfetischismus“ geklagt wurde, dann sind die Wurzeln dieser Erscheinung nicht zuletzt in den negativen Erfahrungen mit loserer Organisationsformen zwischen Revolution und Reichsgründung zu suchen. Eine Lehre war daraus für radikaldemokratische Kräfte zu ziehen: Nur wo ein starkes Vereinswesen entwickelt war, wo es reichsweit durchorganisierte politische Parteien und wirtschaftliche Koalitionen gab, ließ sich der Primat der Innenpolitik und das demokratische Selbstbestimmungsrecht durchsetzen. Insofern bildete es auch eine Voraussetzung für die Bildung eines freien deutschen Elbstaates.

Der Gasteiner Vertrag

Vorläufig blieb Liebknecht gar nichts anderes übrig, als die sichtbar werdenden Resultate der militärisch gestützten Kabinettpolitik und traditionellen Geheimdiplomatie mit spitzer Feder zu bekämpfen. In einer ganzen Serie von Leitartikeln¹⁸⁰ setzte er sich kritisch mit dem Vertrag von Gastein auseinander, durch den Preußen und Österreich sich die Elbherzogtümer in einer Art Kondominium teilten. Sogar der weitverbreiteten „Nationalzeitung“ war das zu viel an obrigkeitlicher Verfügung über das Schicksal der betroffenen Bevölkerung. Liebknecht zitierte gerne diese unabhängige Pressestimme. Seit dem Wiener Kongreß von 1815, so hieß es in dem preußisch-liberalen Blatt, wäre ein derartiges Verfahren nicht mehr vorgekommen.¹⁸¹

Wenn „die Offiziösen von Wien und Berlin“ meinten, die Gasteiner Übereinkunft sei ein diplomatischer „Kompromiß“ zwischen Preußen und Österreich gewesen, dann stimmte Liebknecht in der Sache durchaus zu: „Alles in Allem haben Österreich und Preußen ziemlich gleich gewonnen und verloren.“¹⁸² Aber wo hatten die Kabinette dem Volkswillen entsprochen? Wo war der Gedanke der Einheit und Freiheit geblieben? Hier setzte die Kritik des politischen Volksfreundes ein, der sich nicht für das Gleichgewicht der Großstaaten, sondern für den Fortschritt der Einigungsbewegung engagierte:

„Der Kompromiß wurde abgeschlossen, ohne daß man die Einwohner der Herzogtümer befragt hätte; Schleswig-Holstein, das ‚auf ewig ungeteilte‘, ist von den ‚Befreiern‘ kraft des Eroberungsrechts schnöde in zwei Hälften zerschnitten und damit der öffentlichen Meinung Deutschlands ein Fußtritt versetzt worden, der jedem Patrioten das Blut in die Wangen treiben muß.

Mit Kleinem beginnt man, mit dem Großen hört man auf. Die Teilung Schleswig-Holsteins ist das Vorspiel der Teilung Deutschlands. Preußen und Österreich haben zu Gastein willkürlich über die heiligsten Interessen des deutschen Volks verfügt, und weil sie einander nicht überwinden konnten, die schleswig-holsteinische Frage im dualistischen Sinne gelöst. Die schleswig-holsteinische

Frage schließt die ganze deutsche Frage ein; und nach der Logik der Tatsachen wird der dualistischen Lösung der schleswig-holsteinischen Frage die dualistische Lösung der deutschen Frage folgen. Heute die Eiderlinie, morgen die Mainlinie. Also zerbrechen wir uns nicht länger den Kopf, ob Preußen, ob Österreich in Gastein verloren. Dieser Gedanke muß uns beschäftigen. Dieser Gedanke muß dem deutschen Volk zum Bewußtsein gebracht werden, damit es sich endlich aufraffe aus dem entnervenden Festjubiläum und sich zu dem Entschluß ermanne, ‚mitzuraten und mitzutaten‘, selber ‚Schmied seines Schicksals‘ zu sein.“¹⁸³

Freilich war es dem deutschen Volke in dieser Situation noch nicht vergönnt, seine Subjektkontrolle in der Geschichte wahrzunehmen. Es blieb Gegenstand der Kabinettpolitik. Zu den Opfern dieser Entwicklung gehörte nicht zuletzt der kämpferische Leitartikler in Berlin selber. Wilhelm Liebknecht wurde schon im Spätsommer 1865 aus Berlin ausgewiesen und lebte weiter als „Emigrant im eigenen Land“. Seine Osnabrücker Zeitung ging aus wirtschaftlichen Gründen erst zu dem Zeitpunkt ein, als die preußischen Truppen 1866 den Bürgerkrieg gegen Österreich eröffneten und in Norddeutschland jene Annexionspolitik realisierten, die Liebknecht so leidenschaftlich bekämpft hatte. Wer für Einheit und Innenpolitik stritt, wurde durch Teilung und Emigration geschlagen — kein „undeutsches“ Schicksal, auch aus dem Abstand von über hundert Jahren nicht.

Schluß: Aktualität und Geschichte

Gewiß ist das heute Geschichte, vorbei, verweht und vergessen. Es liegt in der Vergangenheit, und zwar nicht auf der Straße der Sieger, sondern im Graben der Verlierer. Im Kampf zwischen Revolution und Reichsgründung waren Liebknecht und seine Freunde klar unterlegen. Die Reichsgründung brachte ihnen Verfolgung und Not, während die überlegenen Kräfte auf der Siegesallee vorwärtsmarschierten. Freilich erweist sich die Sicht des Verlierers heute in mancher Hinsicht historisch überlegen. Denn die autoritäre Herrschaft verschwand, und das Volk, für das Liebknecht gekämpft hatte, ist geblieben. Es läßt sich nicht leugnen, daß viele Fragen, die Liebknecht beschäftigten, noch heute aktuell sind, daß manche Lösungen noch immer in ähnlicher Weise gesucht werden:

- *Kontinuität und Bruch in der deutschen Geschichte;*
- *nationale Einheit und sozialer Konflikt;*
- *Kritik autoritärer Herrschaftsformen;*
- *Fragen des Gleichgewichts und der Hegemonie in Europa;*
- *Verhältnis von Innen- und Außenpolitik;*
- *Volkssouveränität und Selbstbestimmungsrecht;*
- *Verbindung von Liberalismus, Sozialismus und Demokratie.*

Das alles hat sich in seiner besonderen Problematik und einzelnen

Erscheinungsformen verändert, doch es bleibt in seiner allgemeinen Aufgabenstellung erhalten. Die eigenwillige und selbständige Betrachtungsweise Wilhelm Liebknechts läßt manches Alte in neuem Lichte erscheinen. Wo Geschichte umgeschrieben werden muß, gibt es manchen hilfreichen Hinweis. Wo die Gegenwart neue Wege sucht, können auch die verwischten Spuren der Vergangenheit neue Lösungswege erschließen, die bereits früher gesehen, aber aus zeitbedingten Schwierigkeiten heraus niemals begangen wurden.

In einer Frage sollte Liebknecht historisch bestätigt werden: Der selbständige deutsche Elbstaat, so altfränkisch seine damalige Bezeichnung auch klingen mag, hat sich als Bundesland Schleswig-Holstein im Verbände eines freien und demokratischen deutschen Sozialstaates verwirklicht,¹⁸⁴ Liebknecht hätte gewiß auch an diesen modernen Verhältnissen vieles zu kritisieren. Womöglich müßte er gar mit der Gefahr rechnen, als „Radikaler“ denunziert zu werden. Aber er würde den demokratischen Fortschritt nicht leugnen und dem „Salus republicae“ seinen Dienst nicht verweigern.

82 Das Stichwort nach Leopold von Ranke, Die großen Mächte, Politisches Gespräch. Mit einem Nachwort von Theodor Schieder, Göttingen 1955.

83 Leitartikel, S. 98, 19. Juli 1864. Die Lage.

84 Ebd.

85 Ebd., S. 99.

86 Ebd.

87 Leitartikel, S. 497, 11. September 1865. Politische Wochenschau.

88 Leitartikel, S. 552, 13. November 1865. Politische Wochenschau. Vgl. S. 220 ff, 10. November 1864. Die schleswig-holsteinische Frage.

89 Leitartikel, S. 115, 6. August 1864. Zur Lage.

90 Ebd.

91 Leitartikel, S. 98, 19. Juli 1864. Politische Nachrichten.

92 Leitartikel, S. 270 f, 9. Januar 1865. Politische Rückblicke auf das Jahr 1864.

93 Ebd., S. 271.

94 Leitartikel, S. 609, 15. Januar 1866. Politische Wochenschau.

95 Ebd.

96 Leitartikel, S. 179, 1. Oktober 1864. Zur italienischen Frage.

97 Leitartikel, S. 319, 6. März 1865. Politische Wochenschau.

98 Leitartikel, S. 582, 19. Dezember 1865. Politische Wochenschau.

99 „Leitartikel, S. 171, 24. September 1864. Eine Gefahr.

100 Leitartikel, S. 195, 15. Oktober 1864. Politische Nachrichten. Vgl. S. 315, 1. März 1865. Die französische Uneigennützigkeit.

101 Leitartikel, S. 693, 24. April 1866. Politische Wochenschau.

102 Ebd.

103 Siehe dazu auch: Gerhard Beier, Über den Zusammenhang von Nationalitätenkampf und Klassenkonflikt im Grenzland Schleswig, in: Die Heimat, 84. Jg., H. 3/1977, S. 58-63.

- 104 Leitartikel, S. 274, 14. Januar 1865. Politische Rückblicke in das Jahr 1864.
105 Leitartikel, S. 276, 14. Januar 1865. Politische Rückblicke in das Jahr 1864.
106 Ebd.
107 Leitartikel, S. 67, 18. Juni 1864. Politische Nachrichten.
108 Leitartikel, S. 619, 29. Januar 1866. Politische Wochenschau.
109 Leitartikel, S. 64 f, 13. Juni 1864. Zur Lage.
110 Vgl. Gerhard Beier, Ost-West-Vorurteile in der politischen Bildung, 2. Auf 1., Frankfurt a. M. 1972.
111 Leitartikel, S. 142, 30. August 1864. Die Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg.
112 Ebd.
113 Ebd. S. 143.
114 Ebd. S. 144.
115 Ebd. S. 144.
116 Der zugrundeliegende Satz bei Macchiavelli lautet: „Steht die Außenpolitik auf festem Boden, so stehen auch die inneren Angelegenheiten auf festem Boden.“ Zitiert nach: Macchiavelli. Auswahl und Einleitung von Carlo Schmid, Frankfurt a. M. 1956, S. 77. Vgl. S. 194 u. 209 ff.
117 Eduard Bernstein, Sozialdemokratische Völkerpolitik, Leipzig 1919.
118 Leitartikel, 21. Juni 1864, S. 69. England und die deutsch-dänische Frage.
119 Allgemein zum Primat der Außenpolitik bei Bismarck: Hans Rothfels, Sinn und Grenzen des Primats der Außenpolitik, in: Außenpolitik, 6. Jg., H. 5/1955, S. 277ff.
120 Leitartikel, S. 198, 19. Oktober 1864. Das Ministerium Bismarck.
121 Ebd.
122 Ebd.
123 Leitartikel, S. 396, 27. Mai 1865. Aus Preußen.
124 Zitiert nach Rothfels, S. 277. Vgl. Anm. 119.
125 Leitartikel, S. 405, 6. Juni 1865. Politische Wochenschau.
126 Leitartikel, S. 389, 15. Mai 1865. Politische Wochenschau.
127 Leitartikel, S. 671, 26. März 1866. Politische Wochenschau.
128 Ebd.
129 Leitartikel, S. 70, 21. Juni 1864. England und die deutsch-dänische Frage,
130 Leitartikel, S. 505, 21. September 1865. Das Ausland und die Gasteiner Konvention
131 Ebd.
132 Leitartikel, S. 70, 21. Juni 1864. England und die deutsch-dänische Frage.
133 Leitartikel, S. 95, 16. Juli 1864. Politische Nachrichten.
134 Leitartikel, S. 494, 7. September 1865. Der Sechsenddreißiger Ausschuß.
135 Ebd.
136 Ebd. S. 495.
137 Ebd.
138 Leitartikel, S. 141, 27. August 1864. Partikularismus und National-Politik.
139 Ebd.
140 Ebd.
141 Ebd.
142 Leitartikel, S. 297, 10. Februar 1865. Die schleswig-holsteinische Frage.
143 Leitartikel, S. 298, 11. Februar 1865. Politische Wochenschau.

- 144 Ebd.
- 145 Leitartikel, S. 328, 13. März 1865. Politische Wochenschau.
- 146 Leitartikel, S. 298, 11. Februar 1865. Politische Wochenschau.
- 147 Leitartikel, S. 78 f, 28. Juni 1864. Die Äußerungen des Herzogs von Augustenburg.
- 148 Weitere Belege finden sich dafür unter den Leitartikeln auf den Seiten 140 f, 247, 283, 316 ff u. a.
- 149 Leitartikel, S. 283, 27. Januar 1865. Der Stand der schleswig-holsteinischen Frage.
- 150 Leitartikel, S. 279, 19. Januar 1865. Das gute Einvernehmen.
- 151 Leitartikel, S. 417, 16. Juni 1865. Politische Nachrichten.
- 152 Leitartikel, S. 563, 27. November 1865. Politische Wochenschau.
- 153 Leitartikel, S. 571, 4. Dezember 1865. Politische Wochenschau.
- 154 Leitartikel, S. 670, 26. März 1866. Politische Wochenschau.
- 155 Leitartikel, S. 298, 11. Februar 1865. Politische Wochenschau. Vgl. S. 360, 13. April 1865. Aus Preußen.
- 156 Friedrich Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, Hamburg 1865, in: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 37-78.
- 157 Leitartikel, S. 323, 9. März 1865. Politische Nachrichten.
- 158 Ferdinand Lassalle an August Perl in Hamburg, Schreiben vom 6. Dezember 1853 u. a., in: Ferdinand Lassalle, Nachgelassene Briefe und Schriften, hrsg. v. Gustav Mayer, 4. Bd., Berlin 1924, S. 311. Auch bei Lassalle läßt sich ein Primat der Innenpolitik ausmachen, wenn er an Perl schreibt: „Unsere Taktik muß sein: die Freiwilligen, also die Volkskraft, im Land behalten, die Armeen nach außen drängen!“ Vgl. Bernhard Becker, Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalles. Nach authentischen Aktenstücken, Braunschweig 1874, S. 126.
- 159 Gemeint ist Hermann Wagener (1815—1889), Politiker und Publizist, Repräsentant des preußischen Staatssozialismus.
- 160 Leitartikel, S. 557, 21. November 1865. Politische Wochenschau. Vgl. den immer noch sehr lesbaren und instruktiven Aufsatz von Gustav Mayer, Die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiterbewegung, in: Festgaben für Wilhelm Lexis, Jena 1907, S. 223—268.
- 161 Leitartikel, S. 409, 7. Juni 1865. Die Marinedebatte im preußischen Abgeordnetenhaus.
- 162 Ebd.
- 163 Leitartikel, S. 599, 9. Januar 1866. Politische Wochenschau.
- 164 Leitartikel, S. 209, 29. Oktober 1864. Zur Lage.
- 165 Ebd.
- 166 Leitartikel, S. 331, 16. März 1865. Politische Nachrichten.
- 167 Leitartikel, S. 335, 20. März 1865. Politische Wochenschau.
- 168 Leitartikel, S. 360, 13. April 1865. Aus Preußen.
- 169 Leitartikel, S. 609, 15. Januar 1866. Politische Wochenschau.
- 170 Leitartikel, S. 653, 6. März 1866. Politische Wochenschau.
- 171 Der deutsche Nationalverein war 1859 in Eisenach als politischer Verein gegründet worden und erstrebte die deutsche Einheit unter Preußens Hegemonie. Die Mitgliederzahl betrug immerhin 21000 im Jahre 1864. Ab 1863 wandte der Verein sich immer mehr von Bismarcks Politik ab und nahm eine antipreußische Haltung ein.
- 172 Leitartikel, S. 198, 19. Oktober 1864. Das Ministerium Bismarck.

- 173 Leitartikel, S. 216, 5. November 1864. Zur europäischen Lage. Vgl. S. 189, 11. Oktober 1864. Politische Nachrichten.
- 174 Leitartikel, S. 238, 30. November 1864. Bürgerkrieg.
- 175 Leitartikel, S. 618, 29. Januar 1866. Politische Wochenschau.
- 176 Leitartikel, S. 207, 27. Oktober 1864. Der Stand der schleswig-holsteinischen Frage.
- 177 Ebd.
- 178 Leitartikel, S. 214, 2. November 1864. Politische Nachrichten.
- 179 Leitartikel, S. 494, 7. September 1865. Der Sechsenddreißiger Ausschuß.
- 180 Die Serie beginnt am 17. August 1865 und zieht sich hin bis zum 9. November 1865.
- 181 Leitartikel, S. 486, 21. August 1865. Politische Nachrichten.
- 182 Leitartikel, S. 488, 1. September 1865. Wer hat gewonnen, wer hat verloren?
- 183 Leitartikel, S. 488 f, 1. September 1865. Wer hat gewonnen, wer verloren?
- 184 Damit ist nicht die Suggestion gemeint, von Wilhelm Liebknecht führe ein direkter Weg zu Hermann Lüdemann. Zu dieser Problematik siehe: Kurt Jürgensen, Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein, Neumünster 1969, S. 54, und die Besprechung durch Jörn-Peter Leppien im Jahrbuch Angeln 1971, S. 211 ff.

„Auf allen Gräbern taute still: Genesen“

Ein Gang über schleswigsche und holsteinische Friedhöfe

Ich besuche gern die Friedhöfe unserer Heimat. Die Inschriften ihrer Grabsteine sind in vielen Fällen eine interessante und bewegende Lektüre. Man kann an ihnen nicht nur die Ereignisse, sondern auch treibende Kräfte der Geschichte ablesen. Daher hat mich eine Neuerung sehr beeindruckt, die man heute häufiger auf nordschleswigschen Dorffriedhöfen findet: Man stellt Grabsteine längst verstorbener Dorfbewohner, deren Familienmitglieder in die Ferne zogen oder selbst verstorben sind, in würdiger Form an einem schönen Platz auf. Man schafft damit auf eine sehr schlichte und schöne Weise ein Zeugnis des dörflichen Selbst. Aus unserer Mitte kamen sie, hier wirkten sie oder hatten ihren Anteil am Geschehen in der großen Welt — so künden diese Steine.

In Tingleff künden die Beispiele von einem Pastor, der als Verkünder des Evangeliums viele Jahrzehnte der Gemeinde in Treue diente — auf zwei Gedenkplatten dankt die Gemeinde einem langjährigen Kirchendiener und seiner Frau. Ein sehr alter Stein erzählt von einem, der Lehrer an der Domschule wurde — und hier liegen die alten Eltern, die ihrem Sohn durch harte Arbeit eine strahlende Karriere ermöglichten. Hier ein Stein, der von einem unvollendeten Leben kündigt, und hier schlichte Grabkreuze, die die Namen von Bauern und Bäuerinnen tragen, deren Leben sich im Dorfe erfüllte.

Meine Neigung, diesen Friedhöfen Besuche abzustatten, konnte rein zeitlich nicht ausufern, denn auf Sonntagsausflügen wurden von meiner Familie jeweils zwei Besuche gestattet. In späteren Zeiten fand sich mehr Muße, was dann besonders günstig war, wenn man den Lebens- und Sterbespuren bestimmter Landsleute folgte und auch auf die Friedhöfe der Großstädte gehen mußte. Man bekam dabei einen geschärften Blick für oft großartige Leistungen der Schöpfer großer und kleiner Friedhöfe, deren Anlagen von ihren Ideen und ihrem Können deutliche Zeugnisse ablegen. Die Stimmung der Jahreszeiten begleitet immer den Besucher auf einem Friedhof. Man schreitet beschwingter im Juli, dem Monat des Reifens, als im November, dem Monat, der in so mancher Beziehung an das Sterben erinnert. Und von dieser Stimmung ist dann auch oft die Zwiesprache mitbedingt, die man mit den Toten hält. Dennoch sind Friedhöfe nicht nur Stätten der Wehmut und Trauer, sie sind auch Stätten einer Inspiration, welcher Detlev von Liliencron einen besonders schönen Ausdruck in diesen beiden Versen gab:

*Der Tag ging sturmbewegt und regenschwer,
Ich war an manch vergeßnem Grab gewesen.
Verwittert Stein und Kreuz, die Kränze alt,
Die Namen überwachsen, kaum zu lesen.*

*Der Tag ging sturmbewegt und regenschwer,
Auf allen Gräbern fror das Wort: Gewesen.
Wie sturместot die Särge schlummerten,
Auf allen Gräbern taute still: Genesen.*

Dichter und Maler, Geistliche, Schulmänner, Gelehrte und Politiker — sie alle waren beteiligt, als vor etwa 150 Jahren mit dem Erwachen des nationalen Selbstverständnisses und mit dem Willen, es konkret in der Politik durchzusetzen, die deutsch-dänischen Beziehungen in eine neue Phase traten. Sie alle — ob Deutsche oder Dänen — sind auf unseren Friedhöfen zur Ruhe gegangen, auch jene, die noch in unserer Jugendzeit zwischen den beiden Weltkriegen auf der Bühne standen und sie beherrschten. Einige von ihnen schrieben über ihr Leben, einige wählten die Kunstform der Autobiographie, und andere schrieben Memoiren. Mit einigen von ihnen hielt ich in diesem Sommer Zwiesprache. Oft stand ich vor Gräbern deutscher Landsleute, in deren Nähe sich manchmal Gräber ihrer dänischen Gegner fanden. Nicht alle konnte ich besuchen, deren Leben und Tun durch ein Foto verdienten, festgehalten zu werden. Die Namen, die ich hier nenne, mögen den Umkreis andeuten.

Zu den bedeutenden Autobiographen unserer schleswig-holsteinischen Heimat gehören Friedrich Paulsen mit seinen Erinnerungen „Aus meinem Leben“, Emil Nolde mit seinen vier Erinnerungsbänden, Friedrich Ernst Peters mit seinem Buch „Preis der guten Mächte“ und Theodor Steltzer mit seinen klugen Betrachtungen „Sechzig Jahre Zeitgenosse“. Dörfliches und städtisches Leben der Heimat, wissenschaftliche und künstlerische Probleme, politische Gedanken zur Zeit erfahren in diesen Büchern eine oft klassische Darstellung. Wollte man einen Blick über den Zaun zum Nachbarn werfen, dann müßte man die Lebenserinnerungen von A. D. Jørgensen und Carl Roos, den beiden großen dänisch-nordschleswigischen Gelehrten, und des Grafen O. D. Schack, des einsichtigen Politikers, nennen. Auf deutscher Seite schrieben unsere Landsleute Axel Henningsen und Gottfried Horstmann sehr warmherzige und sehr klug psychologisierende Memoiren.

Einige unserer Fotos zeigen die Grabstätten von Männern, die durch ihr Handeln im Leben und die Begründung dieses ihres Handelns in einer Reihe von Büchern verschiedener Form verdienen, in uns fortzuleben. Ich nenne die zornigen jungen Männer vor dem Ersten Weltkrieg: Johannes Tiedje und Johannes Schmidt-Wodder, die sich allerdings des Wohlwollens ihres Bischofs Theodor Kaftan im Prinzip sicher sein durften. Ich nenne zwei leitende Persönlichkeiten der

Grenzpolitik der zwanziger Jahre: Otto Scheel und Ernst Schröder. Alle waren sie an der Prägung der Zeit beteiligt. Und ich nenne mit besonderem Nachdruck Nicolai Nielsen, der sich selbst den letzten Schleswiger nannte, und Johannes Tonnesen, die in der politischen nationalen Brandung sich als Verkünder des Evangeliums, das über der Politik steht, fühlten. Wer die Ruhestätten dieser Toten aufsucht, wird es spüren, daß sie leben, weil sie sich unter einen Auftrag gestellt sahen.

*Weite Welt und breites Leben,
Langer Jahre redlich Streben,
Stets geforscht und stets gegründet,
Nie geschlossen, oft geründet,
Ältestes bewahrt mit Treue,
Freundlich auf gefaßtes Neue,
Heitern Sinn und reine Zwecke —
Nun! man kommt wohl eine Strecke.*

Goethe

EMIL NOLDE 1867—1956

Daß Emil Nolde ein dem Treiben der Welt abgewandter Mensch war, daß er als Maler die Stille suchte und diese nur in seiner engsten Heimat fand, offenbart sich auch in seinem Wunsch, nach seinem Tode auf Seebüll beigesetzt zu werden. Sein Leben begann auf den Feldern seines elterlichen Hofes in Nolde. Nach harten Lehr- und Wanderjahren konnte er auf der Höhe der Meisterschaft sagen: „Die Inhalte künstlerischer Werke, seien sie der freien Natur, dem Menschenleben, der Geschichte oder Religion entnommen oder freie eigenste Erfindung, sie sind die Harfe, auf dem der Künstler seine Klänge greift, seine Harmonien bildet vom lichten Glücklichen über Harmlosigkeiten bis zur schwersten Tragik.“

Es sind seine Ideen und seine Farben, die uns in seinen Bildern in dem Erlebnis westschleswigher Natur begleiten. Es sind die von ihm erlittenen Wahrheiten,

die dieser deutsche Maler des Expressionismus in seinen religiösen Bildern gemalt hat.

Die Bilder in den Sälen Seebülls und die Stimmung, die über seinem Grab im Garten ruht, wirken in uns und künden von einem, der sich seinem Auftrag in seiner Welt mit religiöser Inbrunst hingab.

„Und wieder saß ich unten im Boot, leise mich zwischen dem Schilf, den Binsen, dem Reth bewegend, und wenn eine Lichtung kam mit den großen, runden, flachen Blättern, den gelben und den weißen Seerosen, dann schaute ich in die Tiefe, in die geheimnisvolle Tiefe unserer stillen Wiedaubucht, von der Botaniker erzählten, daß dort seltenste und fast unbekannte Pflanzen wüchsen. Ich sah vieles, wissenschaftlich wußte ich nichts, aber in dies geheimnisvolle Leben und Wachsen, diese Fäden und Flächen und Formen schönster, lieblich zierlicher Art und oft auch kräuselnd, lebendig vibrierend in schillernden bläulich, gelblich, goldigen Farben, konnte ich gar nicht genug hinunter schauen: Wenn einmal du das Paradies malen wirst, dann gedenke dieser Stunden hier, die du so glücklich erleben durftest“ (Aus Nolde: „Welt und Heimat“)

FRIEDRICH ERNST PETERS 1890—1962

Alles, was den Dichter Friedrich Ernst Peters im Leben bewegte, was ihn bedrängte und ihn in lichte Höhe erhob, schien ihm in einem Wort Augustins verdichtet zu sein: Inquietum Est Cor Nostrum. Donec Requiescat In Te. Es ist dies das Wort, das er sich als Grabschrift selbst gewünscht hat: Unruhig ist unser Herz, möge es also in Dir ruhen.

Was er selbst erlebte und was er an Geschehnissen und Verwirrungen im Leben der Menschen beobachtete, wurde unter seiner Bemühung um das rechte und schöne Wort in der Beschreibung dieses Lebens zu einer Verdichtung desselben. Der in Luhnstedt geborene und auf den heimatlichen Kirchhof zurückgekehrte Dichter erzählte in seiner Autobiographie „Preis der guten Mächte“, in welcher er seinen dichterischen Auftrag in der Zeit interpretierte, sein eigenes Leben so, daß es zum Sinnbild für andere wurde. Er schuf in seinen Versen und in seiner Prosa das Bild Schleswig-Holsteins neu. Er beschrieb das Leben der Menschen in unserem Lande um 1910, denen ihre Probleme nicht weniger auf den Nägeln brannten, als die heutigen uns, und er erklärte sich durch seine Dichtung bereit, an den Aufgaben der Zeit mitzuwirken.

THEODOR STELTZER 1885—1967

Auf dem Neuerker Friedhof — gegenüber dem Garnisonfriedhof mit seinen Grabsteinen, die von der schleswig-holsteinisch-dänischen Geschichte zeugen — wurde Theodor Steltzer, der erste Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, beigesetzt. Es liegt ein guter Sinn darin, daß er nach einem schweren, aber erfüllten Leben hier die Ruhe fand. Er war Landrat des Kreises Rendsburg zwischen den Kriegen, und es erscheint symbolisch, daß er als erster Ministerpräsident der zu einem Bundesland gewordenen Provinz an der Grenze der beiden Teile dieser Provinz beerdigt wurde.

Theodor Steltzer gehört zu den großen Persönlichkeiten der deutschen Stunde null. Aus unserer Sicht ragen die besonderen Interessen des Landrats für die Volkshochschule in Rendsburg, mit denen sich die Interessen für die kulturelle Situation zwischen Deutschland und Dänemark verbanden, hervor. Alle Deutschen aber entblößen das Haupt im Gedenken daran, daß er bereit war, als Angehöriger des deutschen Widerstandes sein Leben für ein besseres Deutschland zu geben. Sein Buch „Sechzig Jahre Zeitgenosse“ gehört zu den glänzenden Beispielen großer autobiographischer Literatur.

AXEL HENNINGSSEN 1883—1972

Axel Henningsen, der gebürtige Hadersiebener, ist als deutscher Nordschleswiger einer jener Verfasser geworden, die in ihren Memoiren die Fülle der Tatsachen eines Lebens aus der Sicht eines über den Dingen stehenden Menschen zu beschreiben vermochte. Als Mann der Schule und als Leiter der Rendsburger Volkshochschule leistete er in leitenden Positionen wesentliche Beiträge für das deutsche Bildungswesen sowohl zwischen den beiden Weltkriegen als auch nach 1945.

Axel Henningsen ist zwar nicht derjenige, der das Wort von der Zweiströmigkeit geprägt hat, dies dürfte vielmehr der auf Föhr gebürtige Pastor Braren gewesen sein, aber Henningsen hat dem Begriff von der Zweiströmigkeit durch sein Buch „Aus einem Leben in zwei Kulturen“ in einer aktuellen Situation erneut eine große Bedeutung gegeben. Er bezeichnet in einer längeren Definition die Eigenart des Schleswigers, das Wesen des Nachbarvolkes in dessen Wesen wie sein eigenes

erfühlen zu können, als Zweiströmigkeit.

JOHANNES TIEDJE *1879-1946*

Als cand. theol. schrieb Johannes Tiedje im Jahre 1909 sein Buch „Die Zustände in Nordschleswig“. Es erregte ungemeines Aufsehen, trat hier doch ein junger Mann auf, der den Mut hatte, die politischen Fehler, die der preußische Staat im nördlichen Schleswig beging, moralisch zu verurteilen. Er wollte nicht von Dankbarkeit gegenüber dem Staat sprechen — diese gebühre letztlich Gott — er wollte vielmehr davon sprechen, „daß wir uns vor Gott für den Staat verantwortlich wissen; das liegt im Wesen der Verfassung.“ Die Aktualität dieses Satzes besteht nach wie vor.

J. SCHMIDT *1869—1959*

Der in Tondern geborene Pastor Johannes Schmidt wurde im hohen Alter von neunzig Jahren auf dem Dorfkirchhof von Quars im nordschleswigschen Sundewitt zur letzten Ruhe geleitet. Die Trauergemeinde war ungewöhnlich groß, galt es doch, den Mann zu ehren, der in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen unbestritten die leitende Persönlichkeit im politischen Leben der deutschen Minderheit war. Pastor Schmidt war ein Denker und Politiker zugleich. In mehreren Schriften legte er Zeugnis eines Denkens ab, das seine Wurzeln im völkischen deutschen Kulturraum hatte und sich politisch auf das Bismarckreich konzentrierte. Seine Gedankengänge können als Vorstudien für das moderne nationale Selbstverständnis volklicher Minderheiten betrachtet werden.

OTTO SCHEEL *1876-1954*

Von der kleinen, aus Feldsteinen erbauten Haddebyer Kirche führt der schmale Weg zu einer Anhöhe empor, an die sich terrassenförmig der neue Friedhof schmiegt. Wer ihn betritt, steht bald rechter Hand vor dem Grabe Otto Scheels, des bedeutenden und über die Grenzen hinaus anerkannten Lutherforschers und Landeshistorikers an der Universität Kiel. Dem Pastorsohn aus Abel bei Tondern war ein Lebensweg vorgezeichnet, der auf strahlende Höhen und in tiefe Enttäuschung führte.

Von der Anhöhe schweift der Blick über den Platz der Wikingersiedlung Haithabu, und von hier ist es nicht weit zum Danewerk, dem Symbol der deutsch-dänischen Konfrontation seit dem frühen Mittelalter. Beiden Plätzen galten auch die Forschungen Scheels. An seinem Grabe fließen die Gedanken an eine ferne, aber nachwirkende Vergangenheit zusammen mit den Gedanken an die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft.

ERNST SCHRÖDER *1889—1951*

Auf dem Mühlenfriedhof in Flensburg ruht eine Reihe von Bürgern der Stadt, die in der jüngeren Geschichte der deutsch-dänischen Beziehungen eine Rolle spielten — Deutsche und Dänen — und oft leidenschaftlich Partei nahmen. Im oberen Teil — nahe der Kapelle — wurde der Journalist und Politiker Ernst Schröder im Grabe seiner Eltern beigesetzt. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gehörte er zu denen, die auf deutscher Seite in der ersten Reihe standen. Ernst Schröder war der heimatlichen Landschaft ungewöhnlich tief verbunden, er pries sie in seinen Büchern und zeigte, wie sehr er sich als einen Teil von ihr fühlte. In seinem Bildband „Nordschleswig — eine Grenzlandschaft im Bilde“, der 1940 erschien und den er bewußt gerade in der Lyrik der Gestaltung als einen Protest gegen die Gewaltpolitik des Dritten Reiches verstanden wissen wollte, schrieb er auf, was er sah, als er durch das Land wanderte, nämlich „Menschenschicksal, Völkerwege — rätselhaft, wie alles in der Welt, — Starkes und Schwaches, edles Brauchtum und verflachten Lebensstil, stolze Charaktere und im Winde wehende Mäntel, kleine Zeiten, die große Menschen und Großes gebären, große Zeiten, die ein schweigsames Geschlecht fanden — vor allem aber Gottes herrliche Natur.“

JENS NYDAHL *1883—1967*

Der Lebensweg des in Kraulund bei Tingleff geborenen Nordschleswigers Jens Nydahl, der als Stadtschulrat von Berlin den Höhepunkt seiner schulischen Laufbahn erlebte, ist durch manche spitze Ecke gekennzeichnet. Dennoch ist er ungewöhnlich reich an politischen und geistigen Inhalten. Nach seiner äußeren wie inneren Gestalt war Jens Nydahl ein klarer Typ eines heimdeutschen Nordschleswigers. 1948 wurde dieser Nordschleswiger in der Kieler Landesregierung ein bedeutender Schleswig-Holsteiner und als langjähriger

Vorsitzender des Grenzfriedensbundes ein moderner deutscher Bürger. Ein gütiges Herz und ein schleswigscher Humor war ihm eigen. Die Erinnerungen an manche bemerkenswerte Situation bewahren seine engeren Freunde als kleine Kostbarkeiten auf.

HANS TONNESEN 1854—1935

Der Pastor Hans Tonnesen war die führende Gestalt unter jenen Geistlichen in Nordschleswig, die um 1900 eine Erneuerung und Vertiefung des religiösen Lebens erstrebten und in der nordschleswigschen „Indre Mission“ eine Bewegung schufen, deren Ziel ein inniges Gotteserlebnis des Menschen war. Pastor Horstmann schreibt in seinen „Erinnerungen aus verlorenem Land“, daß hier etwas Neues war, daß hier zu klarer Entscheidung, zur Erlangung der persönlichen Heilsgewißheit aufgerufen wurde. Die Indre Mission wurde zu einer großen Organisation mit Laienpredigern, mit Kinder- und Jugendarbeit. Kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges brach sie zusammen. Es hatte sich als unmöglich erwiesen, zugleich Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist, zu geben. Tonnesen sah es als eine Aufgabe an, pietistische Enge zu überwinden und sozialetische und volkliche Aufgaben in den Kreis des Lebens, aber unter das gottgebundene Gewissen gestellt zu ziehen. Er mußte aber erleben, daß der nationale Kampf die Menschen trennte, und er hatte durchaus recht, wenn er von dem Nordschleswig jener Jahrzehnte als einem Hexenkessel kontroverser Ideen sprach.

NICOLAI C. NIELSEN 1848—1932

Nicolai C. Nielsen gehört zu den bedeutendsten Pastoren, die je in Nordschleswig wirkten. Er war eine kurze Zeitlang Vorsitzender der „Indre Mission“, und zwar deren erster Vorsitzender. Ihm folgte dann Hans Tonnesen, der der größere Organisator war. Nielsen stammte aus heimdeutscher Familie aus Lügumkloster und wurde auch von Troels Fink in einer Studie über bedeutende Schüler des Flensburger Gymnasiums als politisch heimdeutsch bezeichnet. Wenn er sich selbst den letzten Schleswiger nannte, dann hat er sicher damit zum Ausdruck bringen wollen, daß er in seiner kleinen Heimat sein eigentliches Vaterland als den Mittelpunkt seines irdischen Lebens erblickte. Von früh an jedoch war sein Blick

mehr auf das Jenseits als auf das Diesseits gerichtet. Nielen war ein Gottesmann, der die Forderung des Evangeliums im Kierkegaardschen Sinne zu erfüllen suchte. Als demütiger Mensch, der das Recht auf die unbedingte Individualität gewahrt wissen wollte, ging er in die Heimatgeschichte ein.

Nicolai Nielsen schreibt einmal, daß er nicht zu denen gehöre, die sich nach dem sonnigen Süden sehnen. Freilich könnte man fast die Ansicht ändern, wenn man die schöne Beschreibung des Landes der Orangen in Goethes Gedicht lese.

Er findet aber fast aquarellartige Worte, wenn er die schleswigschen Bäche und Auen beschreibt. Am gleitenden Wasser der Bredeau sei er aufgewachsen und erinnere sich daran, daß er mit seiner Mutter darüber sinniert habe, daß das der Nordsee gemächlich zueilende Wasser dem Wege des Menschen in die Ewigkeit gleiche.

„Entzückt sprang ich als Kind über die weiße gebogene Brücke, die aus dem Garten meines Onkels im Pfarrhofe zu Rapstedt über die Hviriau führte. Ich stand bei Rosenkranz an der Wiedau. Im Herbst, wenn alles überschwemmt ist, bietet sich freilich ein ziemlich trauriges und melancholisches Bild. Aber wie fröhlich hüpfen, springen und stürzen doch im Frühjahr die quirligen kleinen Bäche, die durch die Täler der Ostküste fließen vorwärts — bevor sie schäumend und brausend in den Förden bei Apenrade und Flensburg verschwinden.“

Der „Krusehof“ in Flensburg

Ein alter Hof und eine moderne Kunstgalerie

Wer heute durch die Rote Straße in Flensburg geht, vermag sich nur schwer in die Zeit zu versetzen, als die ganze westliche Häuserzeile etwa so aussah, wie der „Krusehof“ (Rote Straße 22-24) heute. Und noch weniger kann er sich am Südenende der Straße das vor hundert Jahren abgebrochene Rote Tor vorstellen. Der heutige „Krusehof“ besteht aus drei Einzelgrundstücken mit Vorder- und hinteren Nebengebäuden. Sie dürften etwa aus der Zeit um 1800 stammen und waren Wohn- und Arbeitsstätten von Handwerkern. Der Schöpfer des Hofes und der Galerie ist der Glasermeister Günter Kruse. Er vereinigte den ganzen Komplex zu einer aus wirtschaftlicher und stadtpflegerischer Sicht gutdurchdachten Einheit, die man nach ihrem jetzigen Erscheinungsbild eine Komposition nennen möchte. Die Grenzfriedenshefte (Dr. J.) sprachen mit Günter Kruse.

Grfrh.: Seit wann, Herr Kruse, befinden sich die Werkstatt und das Geschäft im Besitz der Familie?

G. Kruse: Mein Vater betrieb eine Glaserei in der Angelburger Straße. Er starb, als ich ein Jahr alt war. Meine Mutter kaufte 1928 das Haus Rote Straße 22 und betrieb hier neben der Glaserei eine Rahmen- und Bilderhandlung. Ich erlernte Anfang des Krieges in Kiel das Handwerk meines Vaters und trat nach der Beendigung meiner Ausbildung als Glasermeister in das Geschäft meiner Mutter ein, das ich heute führe. Schon in meiner Lehrzeit faßte ich für die stilgerechte Rahmung von Bildern eine besondere Neigung.

Der Wunsch, über meine Tätigkeit in der Werkstatt hinaus den Betrieb zu erweitern, bestand schon lange, bevor ich an seine Verwirklichung denken konnte. Es begann eigentlich mit meiner Arbeit für Glasfenster in Kirchen, um die ich mich aus lebhaftem Interesse sehr bemühte. In diesem Zusammenhang entstanden mannigfache Beziehungen zu Künstlern, wie z. B. Ernst Günter Hansing, Ekkehard Thieme, Ulrich Beier u. a., aus denen zum Teil Freundschaften wurden. All dies bestärkte in mir den Wunsch, meine eigenen Vorstellungen über die Graphik und Malerei unserer Zeit auf dem Wege über eine Galerie zu unterstreichen und nach Möglichkeit auch auf diese Weise helfend oder fördernd eine Hand auszustrecken. Dabei war ich mir klar, daß die Voraussetzung der Verwirklichung solcher Gedanken eine Vertiefung des eigenen Wissens ist, und daher mußte ich mir für die Verwirklichung meiner Ziele Zeit nehmen. Mannigfache Arbeiten an dem, was man Kunst am Bau nennt, vor allem aber meine

Zusammenarbeit mit Ernst Günther Hansing im Vatikan und bei der Ausgestaltung französischer Kirchen ermöglichten es mir, meine Voraussetzungen zu vermehren.

Grfrh.: Als Glasermeister haben Sie ein natürliches Verhältnis zu dem Werkstoff Glas, der seit Jahrhunderten in der bildenden Kunst eine große Rolle gespielt hat. Auch mittels dieses Stoffes suchten die Künstler aus der Welt der äußeren Realität und des Scheins in die Welt des Wesentlichen durchzudringen. Wie sehen Sie das Verhältnis der jungen Künstler von heute zu ihrem Auftrag, zu ihren Meistern und zur Gesellschaft, in der sie leben?

G. Kruse: Die jungen Künstler rennen nicht, wie oft irrtümlich gesagt wird, mit der Stirn gegen die klassische Wand. Aber sie haben es sehr schwer, weil ihre Vorbilder ihnen so viele Ausdrucksmöglichkeiten vorweggenommen haben und weil es ihr Recht ist, ihre eigene und unverwechselbare Aussage zu suchen. Sie müssen aus den Gedanken ihrer Zeit schaffen und zugleich zeitlose Formulierungen finden. Dies erschwert ihnen im besonderen Maße unsere heutige Situation, welche mir dadurch gekennzeichnet zu sein scheint, daß ein Künstler zwar kein allen Gemeinsames ausdrücken will, daß er dann aber den Konsensus mit einer Gesellschaft suchen muß, die kein Leitbild besitzt. Wir leben in einer Gesellschaft, die nicht intakt ist und in der daher auch Unsicherheit darüber besteht, was schön ist. Und schließlich ist es bedrückend, daß das inspirierende Verhältnis zwischen den Schaffenden und dem Mäzen heute fast völlig fehlt. Der Künstler sieht sich in der Regel mit der Anonymität eines Ausschusses konfrontiert.

Grfrh.: Günter Kruse, Sie haben in Ihrem Anwesen einige Geschäfte (Boutiquen) aufgenommen. Welcher Art sind diese, und welches war Ihr Leitgedanke dabei?

G. Kruse: Es sind vier Geschäfte: das kleinste Kaufhaus der Stadt, der „i-Punkt“, mit Geschenken aller Art von besonderer Qualität, eine Lotto-, Toto-, Briefmarken- und Münzenhandlung, eine Boutique für Herrenmoden und ein Spezialgeschäft für Tennisgeräte (Bespannung von Schlägern). Wir planen die Hereinnahme einer Silberschmiede und einer Töpferei.

Grfrh.: Sicher haben Sie investieren und auch opfern müssen, aber wenn Sie die Gäste zu Ihrem Weihnachtsmarkt in der Uniform eines Stadtsoldaten der Biedermeierzeit buchstäblich zusammentrommeln — welches Gefühl bewegt Sie dann?

G. Kruse: Selbstverständlich haben wir investieren müssen, vor allem aber alle selbst hart mit Hand angelegt. Wir waren nicht etwa nur Glaser, sondern auch Maurer, Zimmerer und Schweißer. Wir mußten praktisch jeden Stein mit Liebe in die Hand nehmen, ihn nicht nur an die rechte Stelle setzen, sondern ihn auch so behandeln, daß die Sonne jenen Glanz aus ihm herausholen kann, der auch in einem Stein steckt. Wir fanden bei diesen Umbauten auch viel Verständnis bei

unserer Stadtverwaltung, die, wie auch andere Kenner unserer Stadt unsere Restaurierungsarbeiten an unseren Gebäuden würdigten. Wir freuen uns, daß uns unser bescheidener Beitrag zur wohlverstandenen Erhaltung und Modernisierung des Stadtbildes gelang.

Was mich bewegt, wenn die Gäste nun in unseren Hof strömen, von denen zu Weihnachten viele Kinder sind: ja, zunächst muß ich bekennen, daß ich immer gern Verkleidungsspiele spielte, und als Kind erlebte ich einen Weihnachtsmarkt auf dem Südermarkt, den es in dieser Form nicht mehr gibt. Wir alle im „Krusehof“ freuen uns ganz einfach jedes Jahr auf die vorweihnachtlichen Tage bei uns. Nüchtern ausgedrückt steigern sie sicher den Gesamtumsatz im Jahr, auf der anderen Seite erfordern sie jedoch einen schweren und teuren Arbeitseinsatz, dessen Ertrag im Moment nicht immer dem Aufwand entspricht.

Grfrh.: Kehren wir zur Kunst und zu den eine Ausstellung eröffnenden geleitenden Worten zurück. Nach einem Wort von Schiller muß der Künstler zwar der Sohn seiner Zeit sein, aber es wäre schlimm für ihn, wenn er ihr Zögling oder gar noch ihr Günstling sei. Wollen Sie uns zum Schluß ein Wort — Ihr Wort — über das Schöne sagen?

G. Kruse: Das Schöne? Was ich bei diesem Wort empfinde? Ich denke an meine Wohnung, in der ich viel sammle. Ich gehe von Wand zu Wand und bin glücklich, wenn das Auge über die einzelnen Dinge gleitet. Mich erfreut jede Mauer unseres Hofes, jeder alte Rundbogen und jede neue Tür, die in diese Bogen hineingepaßt wurde. Ich finde das Schöne in vielen Einzelheiten, und ich finde es vor allem im Gespräch mit den Menschen in meiner Galerie, die sich auch um das Schöne bemühen.

Der „Deutsche Tag 1977“ des Bundes deutscher Nordschleswiger Volk und Staat, Grenzland und Europa

Das Motto des diesjährigen Deutschen Tages – Volk und Staat, Grenzland und Europa – bringt zum Ausdruck, was die deutsche Volksgruppe seit 1945 als ihren Beitrag zur Befriedung im Grenzland und zur Normalisierung der deutsch-dänischen Beziehungen geleistet hat: in Treue zum deutschen Volk, als loyale Staatsbürger im Königreich Dänemark haben die deutschen Nordschleswiger nicht nur die Identität und Integration als Synthese herausgestellt, sondern als deutsche Volksgruppe im Grenzland auch heimatverbunden und weltoffen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ebenso aktiv gearbeitet wie für die Verwirklichung der europäischen Idee („Der Nordschleswiger“).

Der „Deutsche Tag 1977“ am ersten Wochenende im November bewegte sich in seiner Gestaltung in dem seit Jahren üblichen traditionellen Rahmen. Eine Reihe von örtlichen Veranstaltungen festlichen und unterhaltenden Charakters galt der Begegnung und den Kontakten untereinander: die Aufführung des Märchendramas „Der gestiefelte Kater“ durch die Studiobühne des Deutschen Gymnasiums in Apenrade, der Festabend zum fünfzigjährigen Bestehen des Turn- und Spielvereins in Lügumkloster, das Schützenfest des Feldstedter Schützenvereins, das Stiftungsfest des Rudervereins „Germania“ in Sonderburg und der Festabend mit den Saxburger Laienspielern in Sommerstedt.

Hinzu kamen die Veranstaltungen, die besonders der Verbindung über die Grenze hinweg galten: das Informationsgespräch in Tondern mit Repräsentanten des öffentlichen Lebens südlich der Grenze, der Gesprächskreis in der Nachschule Tingleff „Können und müssen die Minderheitenerklärungen von 1955 weiterentwickelt werden?“ und die Gemeinschaftsveranstaltung in der Sporthalle in Tingleff am Sonntag nachmittag.

Zum Programm des Deutschen Tages gehörten außerdem noch die Gedenkstunde für die Gefallenen beider Weltkriege im Ehrenhain auf dem Knivsberg, die Eröffnung einer Ausstellung der Werke von drei jungen schleswig-holsteinischen Künstlern in der Deutschen Bücherei in Apenrade und eine Westküstenkontaktveranstaltung mit Informationen über den Stand der Planung und Durchführung des geplanten deutsch-dänischen Deiches vor Hoyer. (Eigentlich reichlich viel des Guten auf einmal.)

*

Die Grundlage des Informationsgespräches über die Grenze hinweg bildeten vom

Generalsekretariat des BdN er stellte schriftliche Unterlagen. Sie waren in diesem Jahr sehr umfangreich und reichten von einer Liste der Organisationen der deutschen Volksgruppe bis zu Material zur Struktur der dänischen Wirtschaft – im ganzen eine Vielfalt von Informationen, die auf Anhieb zu überblicken besonders für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik trotz der von Generalsekretär Peter Iver Johannsen gegebenen Erläuterungen nur schwer möglich war und eine fundierte Stellungnahme in der anschließenden Aussprache nicht leicht machte. Dadurch vermittelte dieselbe den Eindruck des Zufälligen und Bruchstückhaften. Es wurden in der Diskussion angesprochen das deutsch-dänische Gemeinschaftsobjekt des Deichbaus vor Hoyer, die Bedeutung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das kürzlich beschlossene Grundsatzprogramm der Schleswigschen Partei, eine evtl. Institutionalisierung der Zusammenarbeit über die Grenze hinweg im Hinblick auf die Eurigo, das Problem des Baus der technischen Universität in Flensburg und das Bild der Deutschen in Dänemark unter dem Einfluß des Kampfes gegen den Terrorismus, auf das der Folketingsabgeordnete Jes Schmidt in seinem Referat besonders einging. (Ein Vorschlag für die Zukunft: Man sollte sich überlegen, welche für die Gäste aus dem Süden besonders wichtigen Punkte man aus den allgemeinen Informationen besonders herausheben will und diese gezielt zur Aussprache stellen.)

*

„Können und müssen die Minderheitenerklärungen von 1955 weiterentwickelt werden?“ war das Thema des Gesprächskreises in der Nachschule in Tingleff. Das einleitende Referat hielt Jes Schmidt, der Vertreter der Deutschen Volksgruppe im Folketing. Er befaßte sich kaum mit dem Grundsätzlichen, das dieser Fragestellung zugrunde liegt, sondern im wesentlichen mit den speziellen Wünschen, die die deutsche Volksgruppe noch erfüllt sehen möchte, als da sind die Sperrklauselfrage, der unbefriedigende Zuschuß für das deutsche Büchereiwesen, die vom SSW als dem Gleichheitsprinzip widersprechend angesehene Bezuschussung des dänischen Schulwesens in Südschleswig, zweisprachige Straßennamen, wie sie die österreichische Gesetzgebung ermöglicht. In der Diskussion wurde noch angeschnitten die Praxis der Straßennamengebung in Nordschleswig und die Beschäftigung von Angehörigen der nationalen Minderheiten im höheren Verwaltungsdienst.

Aus dem Verlauf des Gespräches gewann man den Eindruck, daß die Frage „Können und müssen die Minderheitenerklärungen von 1955 weiterentwickelt werden?“ zu verneinen ist. Für eine befriedigende Lösung der aufgeworfenen Fragen müssen sie nicht, ob sie es können, wird wahrscheinlich aus politischen Gründen zu verneinen sein.

*

Die Gemeinschaftsveranstaltung am Sonntag nachmittag in der Sporthalle in Tingleff als Abschluß des Deutschen Tages 1977 bot das gewohnte Bild und Programm: ein gefüllter Saal, darunter viele prominente Gäste von südlich der Grenze, viele freundliche Worte und gute Wünsche für die Arbeit der Volksgruppe – nicht nur von seiten der Bundesrepublik, sondern auch von Amtsbürgermeister Erik Jessen und René Brusvang als dem Repräsentanten der Centrum-Demokraten. Die Festansprache hielt Staatssekretär Egon Höhmann vom Innerdeutschen Ministerium (Auszug aus dem Wortlaut s. S. 177). Für die musikalische Umrahmung sorgte das Blasorchester des Deutschen Jugendverbandes, und die obligatorische Kaffeetafel mit Gesang und dem privaten Gespräch dürfen als zum Ganzen gehörig nicht unerwähnt bleiben.

Ernst Beier

Der „Deutsche Tag 1977“, dessen zahlreiche Veranstaltungen insgesamt etwa 1500 Teilnehmer verzeichneten, ist vorüber: es war ein Deutscher Tag ohne Schlagzeilen, ein guter Deutscher Tag, bei dem sich manch einheimischer Nordschleswiger vielleicht darüber „beklagt“ haben mag, daß die Volksgruppe und ihre Schwierigkeiten nicht immer im Zentrum standen, aber dies ist doch ein positives Zeichen dessen, daß die jahrelangen Probleme in Verbindung mit den Zuschüssen nun so gelöst sind, daß die Arbeit der Volksgruppe – mag es auch im einen oder anderen Verband die eine oder andere Schwierigkeit geben – auf einer festen Grundlage ruht.

Volk und Staat, Grenzland und Europa: der „Deutsche Tag 1977“ wurde seinem Auftrag gerecht. Volkstum ist kein Widerspruch zur Mitarbeit im Staat, im Grenzland und in Europa: nur auf dieser Grundlage – bei Wahrung jeder volklichen Identität, wie es im Grundsatzprogramm der Schleswigschen Parteien heißt – ist die Entspannung im Grenzland, zwischen den Völkern und in Europa auf Dauer zu sichern.

„Der Nordschleswiger“

Flensburgs Oberbürgermeister Heinz Adler 65 Jahre

Oberbürgermeister Heinz Adler, wohl ein Jahrzehnt lang schon Vorstandsmittglied des Grenzfriedensbundes, konnte am 31. Oktober seinen 65. Geburtstag feiern und geht mit dem Jahresende in den wohlverdienten Ruhestand.

Das „Flensburger Tageblatt“ würdigte die Tätigkeit Adlers aus Anlaß seines Geburtstages u. a. wie folgt:

Flensburgs Oberbürgermeister Heinz Adler, der mit Ablauf dieses Jahres nach fast

fünfzehnjähriger, die Geschicke dieser Stadt, ihre kommunalpolitische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung prägender Dienstzeit als Chef der Flensburger Stadtverwaltung in den Ruhestand treten wird, vollendete sein 65. Lebensjahr. Der gebürtige Breslauer, der am 31. Januar 1963 gewählt und im Februar 1972 von der Flensburger Ratsversammlung für weitere neun Jahre in seinem Amt bestätigt worden war, hat ein entscheidendes Kapitel in der Geschichte der Fördestadt mitgeschrieben. Er hat in den Jahren seiner Arbeit auf kommunalpolitischer Ebene wie vorher in der Landespolitik viele bedeutungsvolle Entscheidungen für das ganze Land und für die Stadt Flensburg mitgetragen sowie die Arbeit des Stadtparlaments ideen- und initiativreich befruchtet. Sachlichkeit und Sauberkeit des politischen Lebens, ein ausgeprägter Gemeinsinn, politisches Engagement bei einer den Demokraten auszeichnenden Toleranz und Loyalität gegenüber allen Seiten, Unbeirrbarkeit auf dem Weg, den er für das Wohl der Stadt als richtig erachtete, und mutiges sowie kompromißloses Eintreten für die Gerechtigkeit – das waren die Tugenden, die seine Amtsführung be stimmt haben. Heinz Adler hat sich um Flensburg durchaus verdient gemacht. Auch der politische Kontrahent, der ihm die Hochachtung nicht versagen wird, schätzt den „Noch“-Oberbürgermeister als einen Mann von Geist, Witz und Humor, vielseitig begabt, vielseitig interessiert, belesen auf fast allen Gebieten, als einen Mann von Kultur im weitesten Sinne und als eine Persönlichkeit von unbestreitbarer Ausstrahlung, Zuverlässigkeit und Höflichkeit zeichnen ihn aus, auch dann, wenn ihn sein von Natur aus „künstlerisches Temperament“ einmal hinreißt, seiner Beredsamkeit freien Lauf zu lassen. Seine Aufgeschlossenheit, seine Ungezwungenheit und sein freundliches Wesen haben ihn jederzeit befähigt, der menschlichen Seite den ihr gebührenden Spielraum zu lassen.

„Der Nordschleswiger“ schrieb zur grenzpolitischen Tätigkeit Adlers:

Der Oberbürgermeister der Grenzstadt Flensburg, Heinz Adler, der vor allem bei den Deutsch-Dänischen Tagen mit seinen ebenso prägnanten wie humorvollen Ansprachen auf beiden Seiten Eindruck gemacht hat, wird in Kürze sein Amt abgeben, ein Amt, das er seit Februar 1963 innehatte. In diesen knapp fünfzehn Jahren hat sich Adler große Verdienste um die deutsch-dänische Zusammenarbeit erworben. Er verstand es als erster, die pragmatische Linie der dänischen Seite zu respektieren und hat seitdem über einen „heißen Draht“ enge Kontakte zu Amtsbürgermeister Erik Jessen, mit dem Adler eine grenzüberschreitende, vertrauensvolle Freundschaft verbindet. Die deutsche Volksgruppe hat Anlaß, Adler u. a. auch für jene langjährige Tätigkeit als Vorstandsmitglied im „Grenzfriedensbund“ zu danken.

Der Grenzfriedensbund hat seinem langjährigen Vorstandsmitgliede bei dem Empfang aus Anlaß des Geburtstages seine herzlichen Glückwünsche ausgesprochen.

Geschäftsführer Ernst Harms trat in den Ruhestand

Lieber Herr Harms! Lassen Sie mich die persönliche Form eines Briefes für eine geschäftlich wichtige Mitteilung an unsere Mitglieder wählen. In der Vorstandssitzung am 18. Oktober wurden Sie auf Ihren Wunsch vom Ersten Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes, Artur Thomsen, von Ihren Pflichten als Geschäftsführer entbunden und mit herzlichen Dankesworten verabschiedet. Dabei wurde Ihnen eine Erinnerungsgabe des Grenzfriedensbundes überreicht und die große Bedeutung Ihrer verdienstvollen Arbeit für unsere Organisation besonders betont. Ihre Gattin nahm zu unserer Freude an dieser Ehrung teil.

Lieber Herr Harms ! Ich habe früher Ihre Person und Ihre Arbeit in diesen Blättern gewürdigt. Lassen Sie mich noch einmal sagen, daß es wohl sehr selten ist,

- wenn einer mit 85 Jahren, wie Sie, noch einmal in den Ruhestand tritt,
- wenn dieser eine, wie Sie, entscheidenden Anteil am Aufbau der Verwaltung des Grenzfriedensbundes hatte,
- wenn derselbe aber nicht nur die Verwaltung meisterte, sondern durch sein Wesen das verkörperte, was der Grenzfriedensbund will, nämlich
- soziale Arbeit für Bedrängte und kulturelle Arbeit im Dienste des Friedens unter den Menschen der Region leisten.

Wenn dieser dann, wie Sie, nach einer Arbeit von 27 Jahren sagen darf, daß seine Organisation in ihrer Zielsetzung vorankam, dann freuen wir uns alle mit Ihnen – und dies tut ganz besonders der frühere Vorsitzende, der in diesem Amte 16 Jahre mit Ihnen arbeiten durfte, nämlich

Ihr H. P. Johannsen

Regierungsschuldirektor a. D. Peter Petersen †

Der Sohn einer kinderreichen Lehrerfamilie aus der westlichen schleswigschen Geest, aus Soholm, ging den Weg, der damals einem aufgeweckten Dorfjungen übrig blieb, wenn er in einen geistigen Beruf hineinkommen wollte, den über Präparandenanstalt und Seminar (beides in Tondern) in die Laufbahn eines Volksschullehrers. Aus heutiger Sicht war das eine beschränkte Ausbildung, sie ist durch die akademische Lehrerbildung seit etwa 1928 (mit Unterbrechung in der NS-Zeit) überholt. Immerhin waren es die seminaristisch ausgebildeten Lehrer, welche die akademische Bildung für die nachfolgenden Generationen erkämpften. Wer für seinen Lehrerberuf engagiert war, war imstande, durch eigenes Studium sein Wissen zu erweitern, und dazu wird Peter Petersen in seiner ersten Stelle als Hauslehrer auf der kleinen Insel Barsoe in der Gjenner Bucht genügend Zeit und Gelegenheit gefunden haben. Die Abstimmung 1919 brachte ihn zuerst nach

Broager und dann südlich der neuen Grenze nach Stadum und Kupfermühle. Als er aus dem letzten Kriege nach Hause kam, war sein Leben äußerlich gesehen nicht viel anders verlaufen als das anderer Lehrer seines Jahrgangs.

Es war der damalige Finanzminister Dr. Richard *Schenck*, der bald nach 1945 versuchte, das bis zur Selbstaufgabe deprimierte Deutschland nördlich und südlich der Grenze zur Selbstbesinnung zu bringen. Ein glücklicher Zufall brachte Dr. Schenck mit Peter Petersen zusammen. Mit dessen gründlicher Kenntnis der volklichen Einzelheiten unseres Grenzlandes, seiner Beherrschung des Dänischen und des Sønderjysk (und selbst verständlich auch des Plattdeutschen) konnte er ihm eine wesentliche Stütze sein. Als nach dem Rücktritt Schencks Jens *Nydahl* zum Beauftragten für den Landesteil Schleswig ernannt wurde, war es fast selbstverständlich, daß Peter Petersen ihm als Regierungsrat zugeteilt wurde.

Die Welt an der Grenze normalisierte sich, besonders nach der Kieler Erklärung. Daran hatte die Schleswiger Dienststelle gewiß ihren wichtigen Anteil. Zum altersgemäßen Termin der Pensionierung Nydahls schien sie ihre dringendste Aufgabe gelöst zu haben. Peter Petersen kam als Regierungsschulrat an das Kultusministerium in Kiel.

Natürlich waren es die Kreise an der Grenze und die sich wieder aufbauenden Schulen der deutschen Minderheit in Nordschleswig, die seiner besonderen Fürsorge zugewiesen wurden. In den etwa 17 Jahren seiner Tätigkeit in Kiel war er den Lehrern nicht nur seiner Amtsbezeichnung nach ein Berater, seiner intimen Kenntnis der Menschen des Grenzlandes kam ihm nun seine gründliche Beschlagenheit in allen theoretischen und praktischen Angelegenheiten des Schullebens zugute. Man kann seine von Wohlwollen und bedächtiger Toleranz getragene Kleinarbeit hier nicht aufzählen.

Sein sich nie erschöpfendes Wohlwollen und sein Verständnis für die Sorgen der Lehrer und der Schulträger brachte ihm eine Beliebtheit ein, die heute nur noch sehr selten erworben wird.

Nach seiner Pensionierung 1965 empfand man seine Wahl zum ersten Vorsitzenden des Schlesw.-Holst. Heimatbundes und die Verleihung der Lornsen-Kelte als eine ihm zukommende Ehrung.

Es ist schwer für jemanden, der mit ihm viele Jahre glücklich zusammengearbeitet hat, Peter Petersen gerecht und objektiv zu würdigen. Denn das, was ein Grundzug seiner Persönlichkeit war, der Wille, in jedem das Beste zu sehen, wirkte sich auch auf diejenigen aus, die mit ihm in Kiel zusammenarbeiten konnten. Sie werden ihn sowenig vergessen wie diejenigen, die ihn als verständigen Mitarbeiter an dem friedlichen Zusammenwirken von Deutschen und Dänen an unserer Grenze kennengelernt haben.

Johann Ohrtmann